



**Protokoll der 15. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 26. Oktober 2016, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell

Namensaufruf: 37 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderäte Heinrich Christ, Benjamin Stricker, Mario Weber

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretär: Herbert Vetter

Traktanden

- 86 Mitteilungen
- 87 Protokolle vom 17.08.2016 und 14.09.2016
- 88 Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration (Nachfolge von Gemeinderätin Ursula Duewell, Fraktion FDP)
- 89 Pensionskasse der Stadt Frauenfeld; Genehmigung Anschluss der Gemeinde Gachnang
- 90 Botschaft an den Gemeinderat; Jährlicher Betriebsbeitrag von 80'000 Franken für die Integration der öffentlichen Sammelstelle Gaswerkstrasse in das Regionale Annahmезentrum (RAZ) Frauenfeld
- 91 Botschaft an den Gemeinderat; Gewährung eines Kredits von 240'000 Franken zum Betrieb der Fachstelle Alters- und Generationenfragen für drei Jahre (2017-2019)
- 92 Botschaft an den Gemeinderat; Alterszentrum Park - Vereinheitlichung der Betreuungstaxe per 1. Januar 2017

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und –kollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich heisse Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Der Herbst hat nun endlich Einzug gehalten und unsere Aktivitäten verlagern sich eher wieder auf das Drinnen. Wie immer zu Beginn der Sitzung möchte ich Sie auf ein paar kulturelle Anlässe in Frauenfeld hinweisen.

An erster Stelle wären da zwei Konzerte zu erwähnen, die in diesem Saal stattfinden. Morgen Donnerstag um 19 Uhr lädt die Konzertgemeinde mit Concerto a cinque zu Kammermusik ein und am 30. Oktober findet hier das Herbstkonzert des Orchesters Divertimento statt.

Ab dem 4. November zeigt die Stadtgalerie Baliere eine Retrospektive über Vreni Kauth. Sie sind herzlich zur Vernissage eingeladen am Donnerstag, 3. November um 19 Uhr.

Am 8. November findet im Casino bereits der zweite Theaterabend dieser Saison statt. Aufgeführt wird das Schauspiel „Die Päpstin“ nach dem Roman von Donna Cross.

Und ab Samstag 12. November stellt der Kunstverein im Berner Haus Werke des Winterthurer Künstlerpaars Renate Bodmer und Benedikt Vivian aus. Und falls Sie noch einen freien Abend haben, weitere Veranstaltungen sind in der Theaterwerkstatt Gleis 5 und im Eisenwerk.

Damit es Ihnen nicht langweilig wird, werden Ihnen nächsten Freitag die Budgetunterlagen für das Budget 2017 zugestellt.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Gemeinderatspräsidentin fest, dass 37 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 19.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Gemeindeordnung Art. 26 Abs. 2 zugestellt. Ich stelle die Tagesordnung zur Diskussion. – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

Durch die Abwesenheit von Gemeinderat Mario Weber ist die Wahl eines Stimmenzählers für die heutige Gemeinderatssitzung notwendig.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Ich schlage Ihnen namens der erwähnten Fraktion Kollege Robin Kurzbein vor.

Abstimmung

Robin Kurzbein wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme als Stimmenzähler für die heutige Gemeinderatssitzung gewählt.

86

MITTEILUNGEN**Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP):**

1. Der Stiftungsrat der Pensionskasse der Stadt Frauenfeld hat uns am 20. September 2016 die Botschaft betreffend „Genehmigung Anschluss der politischen Gemeinde Gachnang“ zugestellt.
2. Im Schreiben vom 29. September 2016 habe ich GPK-Präsident Peter Hausammann mitgeteilt, dass ich per Ende Oktober 2016 aus der Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration zurücktreten werde.
3. Auf Ihrem Pult liegt eine neue Adressliste.
4. Ebenfalls im Couvert auf dem Pult finden Sie die Einladung für die Vorstellung des Budgets vom 1. November und die Einladung für die 16. Gemeinderatssitzung vom 16. November 2016.
5. Gemeinderat Christoph Keller hat heute eine einfache Anfrage mit dem Titel „Situation der familienergänzenden Angebote in Frauenfeld“ eingereicht.
6. Gemeinderat Peter Wildberger hat eine einfache Anfrage mit dem Titel „Nutzung von urbanen Räumen – urban gardening“ eingereicht.

87

PROTOKOLLE DER GEMEINDERATSSITZUNGEN VOM 17. AUGUST 2016 UND VOM 14. SEPTEMBER 2016.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Das Protokoll der 13. Sitzung des Gemeinderats vom 17. August 2016 wurde am 25. September 2016 und das Protokoll der 14. Sitzung des Gemeinderats vom 14. September 2016 wurde am 30. September 2016 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Gemeinderat Fredi Marty von der Gruppierung Menschen für Frauenfeld hat fristgerecht ein Berichtigungsbegehren eingereicht. Gemeinderat Fredi Marty beanstandet im Protokoll Nr. 13, dass hinter seinem Namen die politische Zuordnung MproF oder Menschen für Frauenfeld fehle. Auch bei Thomas Gemperle und Robert Zahnd fehle dieser Zusatz SVP. Sein Wunsch sei es, dass hinter jedem Namen, auch wenn der Votant nichts sage, die Partei oder die Fraktionszugehörigkeit erwähnt werden müsse. Im Protokoll Nr. 14 war sein Name falsch geschrieben. Dafür haben wir uns entschuldigt. Die korrigierte Fassung wurde am 17. Oktober 2016 im Extranet aufgeschaltet. Das Ratsbüro ist der Meinung, dass die bisherige Praxis beibehalten werden soll. Zu Beginn der Rede muss erwähnt werden, in wessen Namen das Votum gehalten wird. Wird nichts erwähnt, wird nur der Name des Redners protokolliert. Da Gemeinderat Fredi Marty mit der Entscheidung des Ratsbüros nicht einverstanden ist, stellt er Antrag auf Änderung der bisherigen Praxis.

Gemeinderat Fredi Marty (MproF): Gestützt auf Art. 61 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat habe ich sowohl unserer Präsidentin als auch unserem Ratssekretär fristgerecht das nachfolgende Berichtigungsbegehren eingereicht, das, wie Sie gehört haben, vom Ratsbüro inzwischen mehrheitlich abgelehnt wurde. Ich finde, das ist etwas vorschnell geschehen. Dazu muss die Meinung des gesamten Rats gehört werden. In beiden erwähnten und auch in früheren Protokollen wird die politische Zuordnung nur bei den Fraktionssprecherinnen bzw. –sprechern ersichtlich. Wer im eigenen Namen spricht, gehört offenbar keiner Partei oder Gruppierung an. Es steht einfach nur der Name im Protokoll, übrigens auch bei den GPK-Referenten.

Diese Praxis finde ich stossend, undemokratisch und im Sinne einer Gleichbehandlung unfair. Deshalb stelle ich dem Gemeinderat folgende Anträge:

1. Die Protokolle vom 17. August und 14. September 2016 seien dahingehend zu ergänzen, dass hinter jedem Namen die Fraktionsherkunft oder in meinem Fall die Gruppierung MproF steht, damit die politische Zuordnung der Referenten klar erkennbar ist.
2. Diese Praxis soll in allen zukünftigen Protokollen angewendet werden.

Begründung: Ich habe mir die Mühe gemacht, die Parlamentsprotokolle von mehreren Schweizer Städten einzusehen, die sowohl in der Grösse als auch betreffend Aufbauorganisation mit Frauenfeld vergleichbar sind. In den meisten dieser Gemeinden wird die politische Zuordnung konsequent eingehalten. Vergleichen Sie unsere Protokollführung zum Beispiel mit jener in den Städten Zug, Uster ZH oder Gossau SG. Die Aufzählung liesse sich verlängern. Im Kanton Thurgau setzt die Stadt Arbon die Praxis der Parteizugehörigkeit vorbildlich und konsequent um. Im Gemeinderat Frauenfeld gehört zurzeit ein Mitglied, meine Wenigkeit, keiner Fraktion an. Das muss aber nicht so bleiben. Es ist gut vorstellbar, dass in zukünftigen Legislaturperioden mehrere Einzelfiguren politisieren, die in keiner Fraktion mitmachen. Das ist schliesslich kein Muss. Haben diese Gemeinderatsmitglieder deswegen keine politische Herkunft? Ich meine schon. Wir alle hier kamen durch eine Proporzwahl in den Gemeinderat. Dem Argument, Gemeinderäte würden als Person und nicht als Parteimitglied gewählt, muss ich widersprechen. Entscheidend für die Sitzverteilung sind die Listenstimmen, die sehr wohl etwas über die politische Haltung jedes Mitglieds aussagen. Bekanntlich sind vor allem Majorzwahlen sogenannte Persönlichkeitswahlen, Proporzwahlen sind dies nur bedingt. Weiter gebe ich zu bedenken, dass 19 von 40 Mitgliedern in keiner der drei ständigen Geschäftsprüfungskommissionen sitzen. Umso wichtiger erscheint mir die politische Zuordnung hinter jedem Namen. Das Protokoll wird nicht nur für die amtierenden Parlamentsmitglieder angefertigt. Wir haben es hier auch mit Frauenfelder Geschichtsschreibung zu tun. Und jetzt mal ehrlich liebe Kolleginnen und Kollegen, wie klein wäre doch der zusätzliche Aufwand, wenn diese Praxis in Zukunft angewendet würde? Oder muss ich jedes Mal zu Beginn eines Votums wieder erwähnen, ich spreche im Namen der Gruppierung Menschen für Frauenfeld? Oder alle anderen, die nicht Fraktions- oder GPK-Referenten sind, müssen betonen, ich spreche im eigenen Namen? Ja schön und gut, aber welche Partei steht hinter dem oder der Sprechenden? Aufgrund dieser Überlegungen bitte ich Sie, meinen Anträgen zuzustimmen. Unserem Ratssekretär Herbert Vetter danke ich übrigens für dessen Zusicherung, dass mein Name mit oder ohne MproF dahinter in Zukunft richtig geschrieben wird. Und Ihnen allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

Abstimmung

Antrag 1 "Die Protokolle vom 17. August und 14. September 2016 seien dahingehend zu ergänzen, dass hinter jedem Namen die Fraktionsherkunft oder in seinem Fall die Gruppierung MproF steht, damit die politische Zuordnung der Referenten klar erkennbar ist" wird mit 28 Nein-Stimmen gegen 4 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag 2 „Diese Praxis soll in allen zukünftigen Protokollen angewendet werden“ wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Somit hat der Antrag von Gemeinderat Fredi Marty eine Praxisänderung eingeleitet. Ich danke dem Ratssekretär Herbert Vetter und allen daran Beteiligten für die geleistete Arbeit.

Gemeinderätin Sandra Kern (CH): Steht in Zukunft der Name der Partei oder der Name der Fraktion da?

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): In Zukunft steht zum Beispiel Anita Bernhard, Fraktion CH/GLP/Grüne, Sprecherin GPK Gesellschaft und Gesundheit.

Gemeinderätin Sandra Kern (CH): Und wenn ich im eigenen Namen spreche, steht auch die Fraktion da?

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Es steht immer noch im Namen der Fraktion. Es wird irreführend werden und das Protokoll wird manuell nachbearbeitet werden müssen.

Gemeinderätin Sandra Kern (CH): Kann ich einen Antrag stellen, dass zumindest die Partei statt der Fraktion dort steht?

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP): Ich finde es ein bisschen kompliziert, was da abgeht, das muss ich offen sagen. Der Antrag von Fredi Marty wurde angenommen. Ich frage jetzt Fredi Marty an, kann man zum Beispiel Fredi Marty (MproF) schreiben und dann ist es für dich okay? Dann gibt es keine Freibürger mit Fraktion und blablabla. Ich denke, das ist der Wille des Antragstellers und der ist zu respektieren.

Gemeinderat Fredi Marty (MproF), bejaht die Frage von Gemeinderat Andreas Elliker.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Somit ist die Entscheidung gefällt. In Zukunft wird hinter jedem Namen die Parteizugehörigkeit aufgeschrieben. Ob es Sinn macht oder nicht – der Rat hat entschieden.

Da es zu den Protokollen keine weiteren Wortmeldungen gibt, gelten diese als genehmigt.

88

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS IN DIE GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION FINANZEN UND ADMINISTRATION (NACHFOLGE VON GEMEINDERÄTIN URSULA DUEWELL, FRAKTION FDP FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2015-2019)

Gemeinderat Jörg Schläpfer (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die FDP-Fraktion schlägt Ihnen Herrn Gemeinderat Stefan Vontobel vor. Stefan Vontobel amtiert als Finanzchef bei einer Industrieunternehmung.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Vorgeschlagen ist Stefan Vontobel. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Das ist nicht der Fall. Ich schlage Ihnen vor, gemäss Art. 56 Abs. 3 des Geschäftsreglements die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden?

Abstimmung

Stefan Vontobel wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme als Mitglied in die GPK Finanzen und Administration gewählt.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Ich gratuliere Gemeinderat Stefan Vontobel zu dieser Wahl.

89

PENSIONSKASSE DER STADT FRAUENFELD; GENEHMIGUNG ANSCHLUSS DER GEMEINDE GACHNANG

Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Folgende Unterlagen wurden uns im Vorfeld zugestellt:

- Botschaft vom 20. September 2016 der Pensionskasse der Stadt Frauenfeld. Zu erwähnen ist, dass die Nummer 88 irrtümlich aufgeführt wurde.
- Protokoll der GPK Finanzen und Administration vom 6. Oktober 2016, dieses wurde am 25. Oktober 2016 im Extranet aufgeschaltet.

Am 21. Oktober wurden Ihnen noch folgende Unterlagen zugestellt:

- Anschlussvertrag zwischen der politischen Gemeinde Gachnang und der PK der Stadt Frauenfeld
- Lachsfarbenes Papier der GPK Finanzen und Administration betreffend Änderung des Antrags

Die Botschaft des Stiftungsrats der Pensionskasse der Stadt Frauenfeld wird im Rat von Stadtpräsident Anders Stokholm vertreten. Zuerst erfolgt die Eintretensdebatte, gefolgt von der materiellen Beratung. Zum Schluss werden wir über die Anträge des Stiftungsrats resp. Den Antrag der GPK Finanzen und Administration abstimmen. Gibt es Einwände gegen dieses Vorgehen?

Eintreten

Gemeinderat Peter Wildberger (GP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration hat das Geschäft Pensionskasse der Stadt Frauenfeld; Genehmigung Anschluss der politischen Gemeinde Gachnang in zwei Sitzungen beraten im Beisein von Markus Kutter, Präsident der Pensionskasse, Reto Angehrn, Geschäftsführer der Pensionskasse, Matthias Keller, Pensionskassenexperte und Stadtpräsident Anders Stokholm, der als Vizepräsident des Stiftungsrats der PK bei der jetzigen Beratung im Rat das Geschäft im Namen der Pensionskasse vertritt. Für die Kommission ist es grundsätzlich ein Vorteil, wenn sich die Pensionskasse der Stadt vergrössert. Einzelrisiken können so besser abgedeckt werden. Mit Gachnang wird sich die Pensionskasse um ein bis zwei Prozent vergrössern, und zwar sind es zehn Angestellte und ein Pensionierter der Gemeinde Gachnang und zehn Mitarbeitende der Berufsbeistandschaft Region Frauenfeld Land. Dies muss in der Botschaft auf Seite 3 oben korrigiert werden. Nicht KESB, sondern Berufsbeistandschaft muss es heissen. Die GPK Finanzen und Administration ist einstimmig für Eintreten. Eintreten ist stillschweigend genehmigt.

Materielle Beratung

Gemeinderat Peter Wildberger (GP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die Bedingungen und Modalitäten wurden vom Experten Matthias Keller ausgerechnet und von einem externen Experten nachgeprüft. Sie sollen für die Mitglieder beider Pensionskassen gerecht und die erworbenen Rechte nicht geschmälert sein. Dies war in der Kommission unbestritten.

Drei Punkte wurden in der Kommission ausführlicher diskutiert:

1. Bei der Beschlussfassung muss dem Gemeinderat der fertige Vertrag vorliegen. Die Botschaft mit der Absichtserklärung genügt nicht. Als Folge dieser Diskussion hat die Pensionskasse den Vertrag nachgeliefert und dieser wurde allen Mitgliedern des Gemeinderats vor einigen Tagen zugestellt. Wenn wir heute ja sagen, kann als Nächstes der Gemeinderat Gachnang unsere Offerte annehmen und dann muss die Gemeindeversammlung Gachnang noch der Staatsgarantie zustimmen.
2. Verstösst es gegen Bundesrecht, wenn der Gemeinderat in die Autonomie des Stiftungsrats eingreift und diesen Anschluss gemäss unserem Reglement genehmigen muss? Zwei Gutachter sagen nein.
3. Besteht ein Interessenkonflikt des Pensionskassenexperten der Pensionskasse Frauenfeld Matthias Keller, der gleichzeitig Mitglied des Gemeinderats Gachnang ist? Gemäss einem Gutachten des Staatsrechtsprofessors Kieser ist diese Personalunion möglich, wenn Matthias Keller bei der Beratung im Gemeinderat Gachnang rein als Experte und Vertreter der PK Frauenfeld auftritt, bei den dortigen Abstimmungen über dieses Geschäft in den Ausstand tritt und wenn seine Berechnungen durch einen unabhängigen externen Experten nachgeprüft werden.

Schliesslich stimmte die GPK Finanzen und Administration mit 5 zu 0 Stimmen folgendem, auch auf dem lachsfarbenen Papier vorgelegten Antrag zu: „Die Anschlussvereinbarung zwischen der politischen Gemeinde Gachnang und der Pensionskasse der Stadt Frauenfeld wird in der dem Gemeinderat vorgelegten Fassung genehmigt.“ Zu ergänzen ist, dass der genaue Betrag der Überweisung von der jetzigen PK von Gachnang zur PK Frauenfeld – es sind ca. 2 Mio. Franken in Cash – erst nach dem Jahresabschluss und dem Vorliegen der Teuerungsrate per 31. Dezember 2016 ermittelt werden kann.

Gemeinderat Kurt Sieber (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Die Fraktion hat die Botschaft und den uns vorliegenden Anschlussvertrag diskutiert und festgestellt, dass alle Risiken minimiert, aber gleichzeitig alle erworbenen Rechte berücksichtigt wurden. Der Anschlussvertrag regelt alle notwendigen Details und die Berechnungen wurden extern nachgerechnet und für richtig befunden. Die Fraktion SVP/EDU kann einstimmig dieser Botschaft resp. diesem Anschlussvertrag zustimmen.

Gemeinderat Jörg Schläpfer (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Es ist passend, dass PKs versuchen, mitgliedermässig zu wachsen. Denn in der Führung einer Pensionskasse und der Verwaltung der Vermögen ergeben sich Skalenvorteile. Gerade deswegen gilt, die PK Frauenfeld soll solche Anschlussanträge wohlwollend prüfen. Wichtig ist, dass durch den Anschluss von weiteren Pensionskassen kein jetziger Versicherter der PK Frauenfeld diskriminiert wird gegenüber einem Versicherten, dessen PK sich neu derjenigen Frauenfelds anschliessen möchte.

Zumindest wenn man zwei Personen aus Gachnang und Frauenfeld mit ansonsten gleichen Merkmalen vergleicht, ist das hier der Fall, weil sich die PK Gachnang unter Beizug der vollen Beitragsleistungen und inklusive dem Abgeben der gleichen Staatsgarantie einkauft. Hinzu kommt, dass die PK Frauenfeld deutlich grösser ist als die PK Gachnang. Der Anschluss dürfte die Zahlen der PK Frauenfeld also kaum gross verändern. Zudem hat die PK Gachnang nur einen einzigen Rentner und es ist allgemein bekannt, dass schweizweit in der Vergangenheit zu Umwandlungssätzen die Renten festgelegt worden sind, die nicht versicherungsmathematisch nachhaltig finanziert worden sind. Deshalb ist ein kleinerer Anteil Rentner aus Finanzierungssicht ein Vorteil. Aus diesen Gründen ist die FDP-Fraktion dafür, dass sich Gachnang der PK Frauenfeld anschliessen kann. Wie immer bei Analysen von PKs lohnt es sich, den Deckungsgrad und den Umwandlungssatz unter die Lupe zu nehmen. Die PK Comunitas, an der die Gemeindeverwaltung Gachnang heute angeschlossen ist, weist heute einen höheren Deckungsgrad aus als diejenige von Frauenfeld. Aber hierzu gilt es festzuhalten, dass die Deckungsgrade der beiden Pensionskassen ziemlich ähnlich wären, wenn man sie vergleicht unter der Annahme des gleichen technischen Zinssatzes. Und das sollte man immer tun, wenn man Deckungsgrade miteinander vergleicht. Oder mit anderen Worten: Der Deckungsgrad der PK Frauenfeld ist eigentlich vor allem deshalb tiefer als derjenige der Comunitas, weil der Berechnung in Frauenfeld ein um einen Prozentpunkt höherer technischer Zinssatz zugrunde liegt. Eine wichtige Kennzahl für die Personen, die in Pension gehen, ist der Umwandlungssatz. Auf dem obligatorischen Teil ist er schweizweit für alle gleich, aber im überobligatorischen Teil gibt es Unterschiede. In Frauenfeld beträgt er heute 6,6 % und dürfte im Jahr 2018 voraussichtlich 6,5 % betragen. Bei der Comunitas ist der Umwandlungssatz tiefer im überobligatorischen Bereich als in Frauenfeld. Er liegt jetzt bei 6,2 % und im Jahr 2018 wohl bei 5,8 %. Das heisst, der Umwandlungssatz ist in Frauenfeld höher als bei der Comunitas. Und ergo erhalten Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung Gachnang, die sich in den kommenden Jahren pensionieren lassen und Kapital im überobligatorischen Teil eingezahlt haben, nach Anschluss an die PK Frauenfeld mehr Rente als bei einem Verbleib bei der Comunitas. Zum Schluss noch dies: Mal schauen, ob in Frauenfeld in Zukunft wieder einmal über ein weiteres Anschlussbegehren aus Gachnang oder einer anderen Nachbargemeinde abgestimmt wird.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Wir hatten an unserer Fraktionssitzung mit einem nicht mehr alltäglichen Thema uns auseinanderzusetzen. Nachdem die PK der Stadt noch vor wenigen Jahren laufend ein Thema in den Budget- und Rechnungssitzungen war, ist sie nun ja selbstständig und wir haben kaum mehr etwas dazu zu sagen. Das ist auch richtig so. Solange wir nichts hören davon, ist es sicher so, dass keine Alarmglocken betreffend Haftung läuten. Umso erfreulicher also, dass wir im Zusammenhang mit diesem Geschäft hören durften, dass es der PK der Stadt Frauenfeld gut geht und sie betreffend dem Deckungsgrad auf dem damals vorgegebenen Kurs ist. Wir wissen nun auch, dass wir eine gute Pensionskasse haben, wieso sonst würde der Experte seine Gemeinde hier einbringen? Worum geht es heute? Weitere Personen von einem für die PK der Stadt neuen Arbeitgeber sollen angeschlossen werden. Schon bei der Übergabe unserer PK in die Selbstständigkeit wurde betont, dass die Grösse gerade schon so gut sei, wie es eben sein müsse. Jetzt also positiv eine höhere Anzahl Arbeitgeber bedeutet grösseres Volumen, sei es in der Geschäftsabwicklung oder in der Vermögensverwaltung, was zu besserem Know-how und zu proportional tieferen Kosten führt. Was muss bei einem Geschäft, das solch einen Anschluss eines zusätzlichen Arbeitgebers beinhaltet, wichtig sein? Was müssen wir beachten?

Es sind unseres Erachtens zwei Aspekte:

1. Die bisherigen Destinatäre, also vor allem unsere Angestellten und Rentner, dürfen durch den Anschluss nicht schlechter gestellt werden.
2. Die Stadt, also wir, darf nicht höhere Garantien übernehmen müssen.

In akribischer und in dieser Art auch nötiger Kleinarbeit sind in der Botschaft Argumente zusammengeführt worden, die ich hier nicht wiederhole, die uns aber sehr deutlich davon überzeugt haben, dass beide Probleme mit geschickten Detailregelungen verhindert werden können und so, wie es in der Botschaft auch vorgesehen ist, verhindert werden würden. Auch wenn es auf Seite 3 den peinlichen Fehler KESB statt Berufsbeistandschaft hat, sind wir vom Wahrheitsgehalt der übrigen Abschnitte überzeugt. Zudem wurden die Berechnungen und die Korrektheit der Argumentationen ja durch eine Zweitmeinung bestätigt. Der Stiftungsrat, insbesondere wahrscheinlich der PK-Experte, haben also eine tolle Arbeit abgeliefert und dafür gebührt Dank. Wenn wir aktuell in anderen Geschäften sehen, wie eindeutige Aussagen dann doch noch etwas interpretiert werden könnten, dann sind wir froh, dass wir hierauf den effektiven Anschlussvertrag erhalten haben und überprüfen konnten. Unser Auftrag ist ja gemäss unserem Reglement gemäss Art. 4 Abs. 2, nicht eine Absichtserklärung – und dies war die Botschaft – zu beurteilen, sondern den Anschlussvertrag zu genehmigen. Vorliegend haben wir am Freitag ja den Vertrag in dieser Form erhalten, wie er auch unterzeichnet werden soll. Besten Dank für das zügige Vorwärtsmachen und vorbildlich rechtzeitige Zur-Verfügung-stellen der vorhandenen Dokumente. Wir dürfen jetzt feststellen, dass die in der Absichtserklärung durch uns gesuchten und gefundenen wesentlichen Aspekte im Anschlussvertrag auch vorhanden sind und somit stimmen wir eindeutig dem Antrag der GPK Finanzen und Administration zu und hoffen, dass auch Sie das gleichmachen werden.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:

Ich danke meinen Vorrednern. Sie haben alles Wichtige und Notwendige gesagt. Unsere Fraktion schliesst sich der Beurteilung der GPK, der SVP/EDU, der FDP und der CVP an.

Gemeinderätin Félicie Haueter (SP), Referentin im Namen der Fraktion

SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Gemäss Reglement betreffend Führung der Pensionskasse für das Personal der Stadt Frauenfeld braucht es für den vom Stiftungsrat gewünschten Anschluss der politischen Gemeinde Gachnang die Zustimmung des Gemeinderats. Anhand der uns vorliegenden Informationen scheint dieser Schritt gut vertretbar. Die Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO spricht sich in diesem Sinne einstimmig für den Anschluss der politischen Gemeinde Gachnang an die Pensionskasse der Stadt Frauenfeld aus.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich möchte nur im Namen des Stiftungsrats der Pensionskasse Frauenfeld Ihnen für die wohlwollende Aufnahme dieser Botschaft und des Antrags danken.

Abstimmung

Dem Antrag der GPK Finanzen und Administration gemäss lachsfarbenem Papier wird einstimmig zugestimmt.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Gemäss Art. 4 Abs. 1 des PK-Reglements ist der Stiftungsrat ermächtigt, Vereinbarungen mit weiteren Arbeitgebern abzuschliessen. Damit entfällt die Abstimmung über Antrag 2 der Botschaft.

90

BOTSCHAFT AN DEN GEMEINDERAT; JÄHRLICHER BETRIEBSBEITRAG VON 80'000 FRANKEN FÜR DIE INTEGRATION DER ÖFFENTLICHEN SAMMELSTELLE GASWERKSTRASSE IN DAS REGIONALE ANNAHMEZENTRUM (RAZ) FRAUENFELD

Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Gemeinderat Stefan Geiges hat mitgeteilt, dass er als VR-Präsident der Recycling Mittelthurgau AG in den Ausstand tritt. Er hat den Rat für dieses Geschäft verlassen.

Folgende Unterlagen wurden uns im Vorfeld zugestellt:

- Botschaft Nr. 15 vom 16. August 2016 betreffend „Jährlicher Betriebsbeitrag von 80'000 Franken für die Integration der öffentlichen Sammelstelle Gaswerkstrasse in das Regionale Annahmезentrum Frauenfeld“
- Protokoll Nr. 10 vom 4. Oktober 2016 der GPK Bau, Werke, Anlagen; dieses Protokoll wurde am 19. Oktober im Extranet aufgeschaltet.

Zuerst erfolgt die Eintretensdebatte, gefolgt von der materiellen Beratung. Zum Schluss werden wir über die Anträge des Stadtrats und eventuelle Anträge aus dem Rat abstimmen. Gibt es Einwände? – Wir kommen zum Eintreten.

Eintreten

Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der GPK Bau, Werke, Anlagen:

Die GPK konnte sich an ihrer Sitzung vom 4. Oktober 2016 vor Ort ein Bild machen, wie das Regionale Annahmезentrum (RAZ) organisiert ist. Seit der Umorganisation des Betriebs präsentiert sich die Anlage sehr kundenfreundlich und gut strukturiert. Im Vergleich zur Sammelstelle an der Gaswerkstrasse sind die Platzverhältnisse sehr komfortabel. Es kann im Juch eine sehr grosse Zahl von verschiedenen Wertstoffen entsorgt werden und die Betreiber sind offen für die Sammlung weiterer Stoffe, sofern dafür eine Nachfrage besteht. Im Moment hat die Anlage im Juch auch noch klare Kapazitätsreserven. Das kann von der Sammelstelle an der Gaswerkstrasse nicht behauptet werden. Dort herrschen während der kürzeren Öffnungszeiten gegenüber dem RAZ zum Teil sehr prekäre Verhältnisse. Als einziger Nachteil des RAZ gegenüber der Sammelstelle an der Gaswerkstrasse ist die etwas periphere Lage zu bemängeln. Wenn man aber berücksichtigt, wie viele Nutzerinnen und Nutzer der Anlage mit dem Auto anfahren oder zu Fuss oder mit dem Velo kommen, kann dieses Problem auch nicht so stark gewichtet werden. Zudem wird an der Gaswerkstrasse weiterhin eine Quartiersammelstelle bestehen bleiben. Ebenso ist vorgesehen, dass Kleinmengen von Karton beim Werkhof entsorgt werden können. Als Kleinmengen sind nach Aussagen von Stadtrat Urs Müller Mengen, die zu Fuss oder auf dem Veloge-päckträger transportiert werden können, zu verstehen. Nicht mit dem Leiterwagen oder dem Veloanhänger oder noch grösseren Gefährten. Für die autofahrenden Entsorger wird sich die Situation eher verbessern als verschlechtern. Aus Sicht der GPK ist es sinnvoll, wenn die öffentliche Sammelstelle Gaswerkstrasse in das Regionale Annahmезentrum (RAZ) an der Juchstrasse

integriert wird. Für diese Entsorgungsdienstleistung soll sich die Stadt Frauenfeld mit einem Betriebsbeitrag von 80'000 Franken inkl. Mehrwertsteuer pro Jahr beteiligen. Die Schliessung der Sammelstelle wird im Bereich Sammelstellenbetrieb beim Werkhof jährlich 90'000 Franken Einsparungen mit sich bringen. In der gesamten Stadtrechnung wird dieser Betrag jedoch kaum ersichtlich sein, da der Mitarbeiter in einem anderen Bereich beim Werkhof weiterbeschäftigt wird. Dieser Umstand löste in der GPK die Diskussion aus, ob dieses Vorgehen in Ordnung sei oder nicht. Ein Antrag auf Kürzung des Stellenplans beim Werkhof wurde mit einer Ja-Stimme gegen drei Nein-Stimmen abgelehnt. Der Werkhofchef Markus Graf und Stadtrat Urs Müller konnten glaubhaft darlegen, dass die Stelle im Werkhof weiterhin dringend benötigt wird. Unschön ist, dass dieser Umstand nicht klarer dargelegt wurde, sondern nur beim Lesen zwischen den Zeilen festgestellt werden konnte. Hier wünscht sich die GPK – und ich gehe davon aus, auch der gesamte Gemeinderat – für die Zukunft eine klarere Ausführung, dass Stellen verschoben werden und somit in einem anderen Bereich künftig Mehrkosten anfallen oder zumindest keine Einsparungen getätigt werden können. Das Eintreten in der GPK war unbestritten.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Als Erstes möchte ich klarstellen, dass unsere Fraktion nichts gegen den Werkhof und ihre Mitarbeiter hat. Und zwar habe ich nach der GPK-Sitzung Gespräche geführt mit einigen Fraktionen und auch Stadträten und bin zu einem anderen Schluss gekommen, als dies der GPK-Präsident uns nun erzählt hat.

Grundsätzlich ist die Verlegung des Entsorgungshofs ins RAZ richtig. Aber dafür muss uns der Stadtrat beim Eintreten noch etwas versichern. Denn der folgende Wortlaut der Botschaft muss richtig erläutert werden und richtig umgesetzt werden. Der folgende Satz ist aus unserer Sicht so zu verstehen: „Der hauptsächlich von dieser Änderung betroffene Mitarbeiter wird weiter beim Werkhof in einer anderen Abteilung für ersetzendes Personal beschäftigt.“ Ich habe hier den Duden, das Bedeutungswörterbuch Nr. 10. Ich bin Legastheniker, ich konnte bis 12 Jahre nicht lesen, ich konnte mit Bildern lesen lernen. Und für das habe ich diesen Duden gebraucht. Da drin steht als Beispiel: „Ein Fussballtrainer wechselt einen Spieler aus. Die Mannschaft spielt dann nicht mit 12 Spielern, sondern weiter mit 11 Spielern. Wenn man ersetzendes Personal hat in einer Abteilung, ist dies wie eine Auswechslung beim Fussballspiel. Ich kann das auch auf einer Zeichnung dem Stadtrat sonst noch nachreichen. Ich möchte auch noch etwas versichern, dass die SVP/EDU-Fraktion nicht will, dass Leute entlassen werden. Wir wissen aber, dass es natürliche Fluktuationen im Werkhof von Personal gibt. Ich habe leider keine Zeit gehabt, dem Stadtrat ein Geschenk zu kaufen. Weil dieses Buch für mich einen symbolischen Charakter hat, werde ich dieses, bis ich das Geschenk dem Gesamtstadtrat überreichen kann, dem Stadtrat ausleihen und werde es dem Stadtpräsidenten jetzt übergeben. Ersetzen“ steht auf Seite 237.

Die Ansicht der Fraktion ist, dass nach dem Studium dieser Botschaft eingespart werden kann. Wenn der Werkhof eine zusätzliche Stelle braucht, muss er die nicht auf Vorrat auf der Seite halten, dann kann er sie normal über das Budget beantragen. In zwei bis drei Jahren oder wenn er sie braucht. Sie muss einfach klar begründet sein. Wir werden auch im Budget genau hinschauen, wo beim Werkhof gespart wird, unter anderem bei den Personalkosten. Der Stadtrat ist gut beraten, wenn er uns die Konten genau offenlegt. Ich kann dem Stadtrat versichern, dass ich und meine Fraktion genau hinschauen.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Wenn wir uns die Botschaft anschauen, scheint es, als gäbe es nur Gewinner. Wir haben aber doch einige Punkte, die wir anmerken möchten. Einerseits gibt es hier drin eben die Stimme, die sagt, dass der Mitarbeiter, der jeweils bei der Sammelstelle für

Ordnung gesorgt hat, entlassen werden soll. Und ob er dann wieder eine Anstellung beim Werkhof bekomme, solle während der Budgetdebatte behandelt werden. Es ist klar, dass die in der Botschaft beschriebene Einsparung nur zustande kommen kann, wenn unter dem Strich eine Stelle gekürzt wird. Grundsätzlich sind wir aber der Meinung, der Mann soll seine Stelle behalten können. Dies aber unter der Voraussetzung, dass der Mehraufwand im Werkhof ausgewiesen ist und beim Budget entsprechend darauf Bezug genommen wird. Deshalb sind wir für Eintreten und möchten über die vorteilüberwiegende Verlegung der Sammelstelle materiell diskutieren, wo ich dann gern noch zu den weiteren Punkten Stellung nehme.

Gemeinderat Michael Hodel (EVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Wir sind gleicher Meinung, dass die Botschaft eindeutig ist in ihrem Wortlaut und sind einstimmig für Eintreten unter der Bedingung, dass die Botschaft eben auch dem eigentlichen Wortlaut nach eingehalten wird. Wir empfehlen einzutreten.

Stadtrat Urs Müller (CH): Ich äussere mich gern zu Beginn bereits beim Eintreten zu diesem Thema Stelle, um da irgendwelchen Missverständnissen vorzubeugen, obwohl es eigentlich bereits eher in die materielle Diskussion gehören würde.

Ich nehme zur Kenntnis, dass wir uns offenbar bei diesem Geschäft zu wenig präzise ausgedrückt haben betreffend Einsparung und der personellen Auswirkungen. Dafür möchte ich mich entschuldigen und unsere Absicht gern erklären.

Die Funktion Sammelstellenleiter wird bei der Integration des RAZ nicht mehr benötigt. Die betreffende Person wird aber weiter beim Werkhof beschäftigt. Es gibt da keine Gerüchte oder irgendwas. Die Person wird weiter beim Werkhof beschäftigt und zwar wie es steht, für zu ersetzendes Personal. Das heisst, die Personalkosten für die Stelle Sammelstellenleiter werden tatsächlich eingespart. Jedoch werden wir vom Stellenplan her keine Stelle streichen, sondern diese für die nächste Zeit unbesetzt lassen. Das heisst, und hier können Sie dann ein Augenmerk drauf werfen, entsprechend tiefere Lohnkosten budgetieren. Wir haben jedoch mittelfristigen Bedarf, wie es angetönt wurde, beim Werkhof wieder eine Stelle zu besetzen. Aber mit anderen Funktionen. Bedarf sind da hauptsächlich Schiessstandwart, dessen Stunden in die Höhe geschneit sind, Murg-Auen-Park, da wurden bereits in der Botschaft entsprechende Werte ausgewiesen. Wir haben aufwendigere Naturschutzaufgaben, auch bei den Spielplätzen, Thema Sicherheit, und so weiter, wir werden das entsprechend begründen. Über diese Wiederbesetzung werden Sie beim Budget mit den Lohnkosten, nicht im Budget 2017, aber in einem der nächsten Budgets wieder bestimmen. Ich gehe auch davon aus, dass das entsprechend in den Erläuterungen sichtbar gemacht wird. Den Stellenplan genehmigt gemäss GO Art. 38 aber der Stadtrat. Es muss aus meiner Sicht deshalb nicht diese Botschaft zurückgewiesen werden, sondern es darf wirklich darauf eingetreten werden, hoffentlich mit diesen Ergänzungen. Zum Thema Karton und Aussagen des GPK-Sprechers komme ich dann in der materiellen Beratung zurück.

Als Letztes hoffe ich natürlich sehr, dass dieser Duden dann auch für andere Botschaften angewendet wird.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Den vorangegangenen Voten entnehme ich, dass das Eintreten nicht unbestritten ist, deshalb möchte ich über das Eintreten abstimmen.

Abstimmung:

Eintreten wird einstimmig beschlossen.

Materielle Beratung

Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen: Ich gebe Stadtrat Urs Müller recht, dass gewisse Punkte die materielle Beratung betroffen hätten, welche ich im Eintreten bereits erwähnt habe. Aufgrund der Diskussionen, welche im Vorfeld gelaufen sind, erachte ich es als wichtig, diese bereits beim Eintreten zu bringen. Daher wird mein Votum zur materiellen Beratung entsprechend kürzer ausfallen.

Der Inhalt der Botschaft beantwortet abgesehen von der Stellenthematik das geplante Vorgehen sehr gut und die Sache ist in sich stimmig. Auf die Frage, wie das frei werdende Grundstück künftig genutzt werden soll, wurde uns mitgeteilt, dass darauf im Sinn einer Zwischennutzung Parkplätze erstellt werden, welche an Dauermieter vermietet werden sollen. Die GPK stimmte schliesslich beiden Anträgen einstimmig zu.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Für Bauschutt und alte Pfannen macht es durchaus Sinn, wenn die Sammelstellen zusammengelegt werden. Denn diese Dinge hat man nicht häufig zu entsorgen. Aber beim Karton sieht es doch etwas anders aus. Denn vom Eierkarton bis zum nigelna-gelneuen Gadget, das man im Internet bestellt hat, Karton gibt es zuweilen ganze Haufen. Deshalb möchten wir uns absichern, dass bei der zukünftigen Quartiersammelstelle Gaswerkstrasse Karton abgegeben werden kann. Natürlich ist es die Aufgabe und Kompetenz des Stadtrats zu bestimmen, wo welche Sammelstelle betrieben wird. Der Aufschrei in der Bevölkerung nach der Bekanntgabe der Schliessung der Sammelstelle Gaswerkstrasse darf aber nicht ungehört bleiben. Denn 12 Prozent Langsamentsorger sind nicht ein zu verachtender Teil der Nutzer. Ich werde darauf verzichten, den Antrag nochmals zu stellen, dass wir in den stadträtlichen Anträgen den Zusatz mit der Kartonsammlung wollen. Wenn der Stadtrat uns entsprechend versichert, dass die Kartonsammlung zeitlich unbeschränkt und nicht nur die Abgabe von Kleinstmengen, sondern von haushaltsüblichen Mengen an der Gaswerkstrasse möglich sein wird. Dies, weil an der GPK-Sitzung und jetzt auch von GPK-Sprecher entsprechend erläutert, Kleinstmengen mit Velogepäckträger gleichgesetzt wurden. Für uns sind kleinstmengen aber so viel, wie auf einem Bol-lerwagen oder einem Veloanhänger Platz haben. Denn so entsorgen einige Personen, die ich kenne, ihren Karton im Moment. Und so viel muss auch in Zukunft drin liegen. Wir möchten nicht, dass in zwei, drei oder fünf Jahren Gründe wie, die Kartonsammelstelle ist zu teuer, oder der Karton ist zu stark mit Abfall vermischt oder ähnliche zu einer Aufhebung der Kartonsamm- lung führen. Damit würden wir nicht nur denjenigen ein Bein stellen, die auf ein Auto verzich- ten, sondern würden gleichzeitig gegen die Absichten des Mobilitätskonzepts und andere Ideen des Stadtrats verstossen, welche er in den Legislaturzielen formuliert hat. Das Umsteigen auf Velo und ÖV nur zu fordern, ist einfach. Wir müssen auch die entsprechenden Möglichkeiten anbieten und dies ist genau so eine. Eigentlich müsste unserer Meinung nach das Angebot sogar ausgebaut werden. Bei allen Quartiersammelstellen sollte man Karton abgeben können. Aber dass das schwierig ist, ist uns bewusst. Der Stadtrat hat mir aber Hoffnung gemacht, dass wenn es klappen sollte mit der Rückgabedisziplin der Sammelstellennutzer, hier allenfalls einen weite- ren Schritt zu wagen. Ich hoffe also sehr, dass hier nicht einzelne Nutzer einen Ausbau sprich- wörtlich vermüllen werden. Alles in allem sehen wir selbstverständlich die Vorteile der neuen Lösung wie der massiven Reduktion des Verkehrs im Quartier oder auch der finanziellen Einspa- rungen. Wir wollen diese sicher nicht verhindern. Wir können der Lösung aber nur zustimmen, wenn dabei nicht die wesentlichen Details aus dem Blick geraten.

Gemeinderätin Irina Meyer (GLP), Referentin im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: In unserer Fraktion haben wir den Stellenabbau diskutiert. Die Genehmigung des Stellenplans ist

Aufgabe des Stadtrats, wie es zuvor Urs Müller erläutert hat. Das Finanzierungskonzept jedoch liegt bei uns im Gemeinderat, daher muss die Einsparung auch im Budget zum Ausdruck kommen. In der Botschaft ist dies aus unserer Sicht etwas unübersichtlich oder unglücklich formuliert. Doch neben den Finanzierungsaspekten ist es unserer Fraktion aber vielmehr ein Anliegen, dass die 12 Prozent der Frauenfelder Bevölkerung, welche nicht mit dem Auto entsorgen gehen, gefördert und unterstützt werden. Bei der Schliessung der Gaswerkstrasse fällt eine grosse Kartonsammelstelle weg und wird durch eine kleinere ersetzt. Aus unserer Sicht sollte Karton allgemein gleichbehandelt werden wie Altglas oder Dosen. Die anfallenden Kartonmengen sind zunehmend, die Gründe dafür vielfältig. Es wird mehr online eingekauft, es gibt mehr Kartonverpackungen im Detailhandel und wir kaufen immer mehr Möbel, die verpackt in Karton sind, ein. Hier im Gemeinderat wird auch oft über die Verkehrsproblematik unserer Stadt debattiert. Dass die Stadt die Bürger ein Stück weit zu erheblich weiteren Entsorgungswegen des immer häufiger und in grösseren Mengen anfallenden Materials nötigt, finden wir deshalb nicht sinnvoll. Ein Schwerpunkt auf dezentrale Sammelstellen mit integrierten Kartonabgabestellen ist sinnvoll und entschärft zugleich auch ein Stück unseres Verkehrsproblems. Wir wollen den Langsamverkehr und somit auch die urbane Gesellschaft, welche nicht immer ins Auto einsteigen will, fördern. Mit diesen Vorbehalten wird das RAZ im Juchareal von unserer Fraktion begrüsst und die Anträge des Stadtrats unterstützt.

Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Mitglieder der Fraktion FDP haben die Botschaft des Stadtrats über den jährlichen Betriebsbeitrag von 80'000 Franken für die Integration der öffentlichen Sammelstelle Gaswerkstrasse in das Regionale Annahmезentrum (RAZ) Frauenfeld eingehend diskutiert. Die Sammelstelle Gaswerkstrasse in die RAZ einzugliedern, macht aus mehreren Gründen absolut Sinn. Nebst der Verlagerung des Entsorgungsverkehrs in das Gewerbegebiet werden so automatisch auch die Sicherheitsprobleme am jetzigen Standort deutlich reduziert. Die jetzige Sammelstelle stösst zudem an ihre Kapazitätsgrenzen. Beim RAZ ist dies noch lange nicht der Fall. Die Schliessung der Sammelstelle Gaswerkstrasse ermöglicht zudem eine neue Nutzung, welche aus Sicht der FDP unbedingt mit einem gewinnbringenden Konzept belegt werden soll. Es könnten dies zum Beispiel Parkplätze für Dauermieter sein. Eine Quartiersammelstelle für Glas, Batterien etc. kann dennoch gut daneben betrieben werden. Gemäss Botschaft soll eine Kostenreduktion gegenüber der heutigen Situation an der Gaswerkstrasse um rund 90'000 Franken resultieren. Der hauptsächlich betroffene Mitarbeiter, der die Sammelstelle betreute, soll in einem anderen Bereich anstelle zu ersetzendem Personal beschäftigt werden. Hier gilt, dies auch wirklich so zu handhaben. Denn ansonsten würde die Kostenreduktion nicht stattfinden, da der jetzige Personalaufwand von 140'000 Franken einfach umgelagert würde. Das Budget im Bereich der Sammelstellen müsste also entsprechend beim Werkhof gekürzt und an einem anderen Ort wieder begründet werden. Die Fraktion FDP ist einstimmig für die Integration der Sammelstelle Gaswerkstrasse in die RAZ und empfiehlt dem Gemeinderat, die beiden Anträge anzunehmen.

Gemeinderat Michael Hodel (EVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Unsere Fraktion befürwortet den vorgeschlagenen Schritt, die Entsorgungsstelle beim Werkhof zugunsten der besseren Alternative an der Juchstrasse aufzugeben. Die vorgeschlagene Lösung ist nicht nur umfassender und verkehrstechnisch besser ausgelegt, sie erspart uns als Stadt sogar Kosten in der Höhe von 90'000 Franken pro Jahr. Wir befürworten den Schritt aus verschiedenen Gründen, die sich grösstenteils mit den in der Botschaft genannten decken. An dieser Stelle einige Argumente, die zusätzlich dafür sprechen.

Persönlich haben wir als Familie bereits lange, bevor die neue Entsorgungsstrasse entstanden ist, praktisch ausschliesslich die Tricycling für unsere Entsorgungen genutzt. Schon seit Langem

werden deutlich mehr unterschiedliche Fraktionen angenommen, als dies beim Werkhof der Fall ist. Dieses Angebot wurde nun sogar noch ausgebaut. Wir können PET- und andere Kunststoffflaschen, Tetrapackungen, Kunststofffolien, Elektrogeräte und auch Papier kostenlos entsorgen, was beim Werkhof nicht möglich war. So kann die Entsorgung in einem Aufwisch getätigt werden, was wiederum Zeit einspart und den weiteren Anfahrtsweg problemlos rechtfertigt. Auch mit dem Velo ist die Juchstrasse erreichbar. Für unsere Kinder ist es unterdessen ein richtiges Erlebnis, an der neuen Entsorgungsstelle die verschiedenen Schlitze zu bedienen und die Entsorgungsgüter einzuwerfen. Früher war das undenkbar, rein aus Sicherheitsgründen mussten wir die Kinder im Auto lassen, weil es einfach zu gefährlich war. Die Stoffe sind so auch gleich an dem Ort, an dem sie im grösseren Stil gesammelt und danach an Recyclingfirmen weitergegeben werden können. Das macht Sinn. Dass die Anlage im Juch überdacht ist, macht es für Anlieferung zusätzlich angenehm. Die besseren Bedingungen haben ja bereits heute dafür gesorgt, dass Frauenfelderinnen und Frauenfelder vermehrt in den neuen Entsorgungshof gefahren sind. Dieser Trend würde sich mit Sicherheit auch ohne eine Schliessung der bisherigen Sammelstelle beim Werkhof fortsetzen und das Entsorgungsvolumen bei gleichbleibenden Kosten abnehmen. Die Zeit ist also aus Sicht unserer Fraktion reif und wir stimmen den Anträgen zu. Wie schon in der GPK und auch in anderen Fraktionen hat auch uns der finanzielle Aspekt beschäftigt. Aus Sicht der Fraktion CVP/EVP ist die Formulierung in der Botschaft klar und unmissverständlich und lässt keinen Spielraum für unterschiedliche Auslegung zu. Wir sind geschlossen der Meinung, dass zu ersetzendes Personal bedeutet, dass die bestehende Stelle des Mitarbeiters des Werkhofs aufgehoben wird, der Mitarbeiter aber weiterbeschäftigt wird und ausscheidendes Personal ersetzt. Ersetzen heisst nicht zusätzlich schaffen, sondern eben ersetzen. In unserer Fraktion wurde gefordert, dass wie in der Privatwirtschaft auch hier der Bedarf für eine zusätzliche Stelle begründet und via Budget bewilligt werden muss. Die Argumente, dass aktuell viele Überstunden geleistet werden müssen und der Unterhalt des Murg-Auen-Parks zum Auftragsvolumen hinzugekommen ist, konnten in unserer Fraktion nicht überzeugen und müssen via das Budget beantragt werden. Es ist schade und leider wenig vertrauensfördernd, dass nicht transparent kommuniziert wurde und ein eigentlich unumstrittenes Geschäft so trotzdem noch zu Diskussionen führt, die nicht nötig wären.

Vielleicht noch ganz kurz zum Betrieb Gaswerkstrasse und den Anträgen bezüglich Karton: Wir überlassen diese Frage gern dem Stadtrat und den Verantwortlichen beim Werkhof. Es ist nicht zuletzt auch davon abhängig, ob die Entsorgungsdisziplin eingehalten wird und wir können sehr gut nachvollziehen, dass wenn dies nicht der Fall ist und zu viele personelle Ressourcen für diesen Betrieb weiterhin benötigt werden, dass dann auch andere Lösungen in Betracht kommen. Der Betrieb dieser Sammelstelle soll aus unserer Sicht mit kleinen personellen Ressourcen möglich sein. Wir stimmen den beiden Anträgen zu und empfehlen Ihnen, es gleich zu tun.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Da wir nun vom zuständigen Stadtrat gehört haben, dass diese Beträge im Budget ersichtlich sind, dass sie eingespart werden, wird unsere Fraktion den beiden Anträgen zustimmen. Was unserer Fraktion noch aufgefallen ist und auch noch wichtig ist, ist die Regionalität. Frauenfeld trägt hier wieder mal eine Zentrumslast. Sie ist die einzige Gemeinde, die dem RAZ 80'000 Franken bezahlt. Es ist mir bewusst, dass die Stadt Frauenfeld nicht die anderen Gemeinden auffordern kann, etwas zu bezahlen. Aber die KVA könnte dies machen. Es kann nicht sein, dass eine Gemeinde, die keine rechte Entsorgungsstelle hat, nichts an den Entsorgungshof im Juch bezahlt, und Frauenfeld zahlt daran. Ich bitte den Stadtrat und dies bitte auch zu bestätigen, dass bei der KVA abgeklärt wird, welche Gemeinden, die dem Kehrichtverband angehören, keine solche vollumfängliche Sammelstelle haben. Diese sollen auch einen Beitrag an die Sammelstelle zahlen, denn es ist ja das Ziel, das wurde auch in der Botschaft geschrieben, dass allenfalls die Kos-

ten für die Stadt noch gesenkt werden können. Wenn die Nachbargemeinden auch etwas daran zahlen, könnten die Kosten für den Beitrag der Stadt Frauenfeld ebenfalls gesenkt werden.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH): Nochmals abschliessend zusammenfassend zu dieser Stellenplan- und Lohnkostengeschichte: Ich nehme befriedigt zur Kenntnis und stelle fest, dass wir uns einig sind, nicht nur wir im Gemeinderat innerhalb der Fraktionen, sondern offenbar auch mit dem Stadtrat, und ich bin froh dafür, dass wir darüber nicht streiten müssen. Der Stadtrat stellt das Personal ein, genehmigt den Stellenplan und ist für die Einreihung gemäss Besoldungsreglement zuständig Art. 38 GO. So weit so gut. Das alles aber nur im Rahmen des vom Gemeinderat bewilligten Budgets. Der Gemeinderat, nicht der Stadtrat steuert über seine Finanzkompetenz den Umfang der Löhne, der Stadtrat setzt um und verteilt. Wenn wie hier eine Stelle ganz oder teilweise eingespart wird, muss das im nächsten Budget zum Ausdruck kommen mit entsprechend tieferen Lohnkosten im betreffenden Amt oder in der betreffenden Abteilung. Das Budget gibt den Ist-Zustand wieder, nicht den Soll-Zustand. Es gibt im Budget keine Reservelohnpositionen. Als Ausnahme kann man da sagen, wenn der Stadtrat zum Beispiel ganz konkret am Suchen für eine Person ist, er sagt das, hier brauchen wir eine Person und wir diese kurzfristig im Budgetjahr einsetzen, hat diese Person aber bei der Budgetierung noch nicht eingestellt und noch nicht gefunden. Wir hatten so einen Fall, ich erinnere daran, vor etwa zwei oder drei Jahren für die Liegenschaftenverwaltung. Das ging sogar glaube ich zwei Jahre, wo diese Position eingestellt wurde im Budget, aber die Stelle nicht besetzt wurde. Und wenn dann später, und das ist eben entscheidend, wieder aufgestockt wird, kommt das dann wieder ins Budget und wird begründet und kenntlich gemacht und wir können dann in guten Treuen darüber abstimmen und beschliessen. In diesem Zusammenhang habe ich noch eine Bitte an den Stadtrat. Es betrifft alle Abteilungen, es betrifft den Stellenplan an und für sich. Ich wollte den nämlich anschauen, habe ihn aber nirgends gefunden. Es gibt ihn offenbar nach meinen Abklärungen nicht mal richtig. Ich bitte den Stadtrat, diesen öffentlich zu machen, dass man den jederzeit anschauen kann.

Stadtrat Urs Müller (CH): Zuerst vielleicht zum Karton: Es steht in der Botschaft, aber ich gebe es gern auch nochmals zu Protokoll. Wir werden an der zukünftigen Quartierssammelstelle an der Gaswerkstrasse eine Möglichkeit zur Abgabe von Kleinmengen Karton anbieten. Die Formulierung im GPK-Protokoll ist unglücklich. Ein GPK-Mitglied verglich die Menge damit, wie sie auf dem Gepäckträger eines Velos Platz habe, und ich habe bestätigt, dass das sicher unter Kleinmenge falle. Ich habe dann da noch Änderungen beim GPK-Protokoll. Jedoch geht es uns weniger um die tatsächliche Menge. Das heisst, wer mit dem Velo oder Bollerwagen an der Gaswerkstrasse Karton entsorgen möchte, das ist meines Erachtens möglich. Was wir nicht mehr wollen, ist ein Autokorso und wir wollen auch kein Personal mehr dort. Wir werden auch keine Kartonpresse mehr dort betreiben. Das heisst, aus heutiger Sicht werden wir wahrscheinlich einen Container mit einem Schlitz oder so was hinstellen und wir werden dann beobachten, wie sich das entwickelt. Wenn sich diese Lösung bewährt, können wir uns durchaus vorstellen, dies auch auf andere Quartierssammelstellen auszudehnen. Wir sind hier entgegen den negativen Erfahrungen, nämlich der Vermischung mit dem Abfall im Karton, offen für einen Versuch. Das heisst Pascal Frey, diesen Ruf aus dem Rat unlängst bei Ihrer Interpellation Recycling haben wir sehr wohl gehört. Ein von Ihnen zitierter Aufschrei allerdings ist nicht bei mir angekommen.

Dann auch noch zur Präzisierung: Zwischennutzung als Parkplätze für Dauermieter ist eine Möglichkeit, das ist noch nicht beschlossene Sache. Was wir sicher nicht wollen, sind normale öffentliche Parkplätze, weil wir dann wieder Verkehr hätten, den wir dort nicht mehr wünschen.

Dann die gewünschte Abklärung bei der KVA, Andi Elliker, die werden wir machen. Das haben wir bereits gesagt.

Nun aber worum es eigentlich geht: Neben Stelle und Karton geht es aus meiner Sicht vor allem um die Nutzung von Synergien. Wir möchten unsere Sammelstelle aufheben und sehen hier das RAZ als wirklich geeignete Lösung, auch als Mitglied im Zweckverband der KVA Thurgau sehen wir die KVA als verlässlichen Ansprechpartner dafür. Sie ist die Mehrheitsaktionärin der Tricycling Mittelthurgau, die das RAZ betreibt. Uns ist bewusst, dass dies eine Umstellung mit sich bringen wird, die für gewisse Leute auch Nachteile mit sich bringt. Wir haben das gehört, dabei meine ich die heutige zentrale Lage der Sammelstelle. Genau deshalb haben wir auch erhoben, wie viele Personen es sind, die zu Fuss oder mit dem Velo zum Entsorgen kommen. Da dieser Anteil aber sehr gering ist und noch hinzukommt, dass die heutige Sammelstelle auch nur für einen gewissen Umkreis in fussläufiger Distanz ist, überwiegen aus unserer Sicht klar die Vorteile – ich erwähne nur die Sicherheit – mit dem neuen, zeitgemässen Entsorgungskonzept, wie es mit dem RAZ, das wirklich auch seinen Namen verdient, umgesetzt worden ist. Es wurde auch erwähnt, heute ist ja sogar von Entsorgung mit Erlebnisfaktor die Rede. Die neue Örtlichkeit ermöglicht eine wesentlich bessere Verkehrsführung und eine klare Abtrennung der gewerblichen Anlieferung von den Kleinkunden. Für die privaten Kunden mit Abfällen und Wertstoffen aus Haushalten wird die Anlieferung viel übersichtlicher und letztlich auch sicherer. Ich sage es auch gern hier, auch Radfahrende sind herzlich willkommen, vielleicht haben Sie auch schon die neuen Radstreifen auf der Juchstrasse bemerkt. Der trotzdem leider kleine Anteil der zu Fuss oder mit dem Fahrrad Entsorgenden, die keine oder erschwerte Möglichkeiten haben, an die Juchstrasse zu gelangen, kann den grössten Teil der Wertstoffe künftig in der am ursprünglichen Ort erstellten resp. an jeder anderen Quartierssammelstelle abgeben. Im Übrigen können viele Wertstoffe auch an der Verkaufsstelle zurückgegeben werden und es gibt noch weitere Angebote, beispielsweise Entsorgungstaxi oder falls nötig ein Projekt im Rahmen der Nachbarschaftshilfe ist durchaus denkbar. Speziellere Abfälle wie Bauschutt o.ä. – es wurde auch erwähnt von Pascal Frey – fallen zudem nicht täglich an. Klar für uns ist, dass unsere Kundinnen und Kunden ein mindestens gleichwertiges, einerseits von den abzugebenden Fraktionen, andererseits von den Kosten her, oder eben besseres Angebot vorfinden sollen. Ich bitte Sie deshalb, den Anträgen zuzustimmen.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Zurzeit sind 36 Gemeinderäte anwesend, das absolute Mehr bleibt bei 19.

Abstimmung

Antrag 1 wird einstimmig angenommen.

Antrag 2 wird einstimmig angenommen.

91

BOTSCHAFT AN DEN GEMEINDERAT; GEWÄHRUNG EINES KREDITS VON 240'000 FRANKEN ZUM BETRIEB DER FACHSTELLE ALTERS- UND GENERATIONENFRAGEN FÜR DREI JAHRE (2017-2019)

Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsidentin Ursula DUEWELL (FDP): Folgende Unterlagen wurden uns im Vorfeld zugestellt:

- Botschaft Nr. 16 vom 30. August 2015 betreffend Gewährung eines Kredits von 240'000 Franken zum Betrieb der Fachstelle Alters- und Generationenfragen für drei Jahre
- Protokoll Nr. 5 der GPK Gesellschaft und Gesundheit vom 20. September 2016; dieses wurde uns am 12. Oktober im Extranet aufgeschaltet.

Zuerst erfolgt die Eintretensdebatte gefolgt von der materiellen Beratung. Zum Schluss werden wir über die Anträge des Stadtrats und eventuell Anträge aus dem Rat abstimmen. Gibt es Einwände zu diesem Vorgehen?

Eintreten

Gemeinderätin Anita Bernhard (CH), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft und Gesundheit: Die zweijährige Pilotphase der Anlaufstelle für Alters- und Generationenfragen läuft Ende 2016 aus. Es gilt nun, über einen allfälligen Weiterbetrieb für vorläufig drei Jahre zu entscheiden. Neu unter dem Titel Fachstelle. Damit verbunden wäre die Gewährung eines Kredits über 240'000 Franken. Die GPK ist einstimmig für Eintreten.

Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Die Fraktion ist für Eintreten. Als Ergänzung gilt zu bemerken, dass folgender Satz nicht mit dem Antrag der Botschaft zusammenhängt. Sie sehen diesen auf Seite 9 der Botschaft ca. in der Mitte. „In der Konsequenz würde die Koordination der Dienstleistungen der Institutionen und Organisationen wieder fehlen und Folgekosten für die Stadt auslösen.“ Wir bitten die Verfasser der Botschaft, das nächste Mal auf Hypothesen, die nicht direkt mit dem Antrag in Verbindung stehen, zu verzichten.

Gemeinderat Peter Wildberger (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP sowie als einziger Vertreter der über Siebzigjährigen im Rat: Anerkennend halten wir gegenüber dem Stadtrat fest, dass es aufgrund der Finanzkompetenzen richtig ist, dieses Geschäft mit einer jährlich wiederkehrenden Ausgabe mittels einer separaten Botschaft dem Gemeinderat vorzulegen. Als ich als Angehöriger einer Babyboomer-Generation in den Fünfziger- und Sechzigerjahren in die Schule kam, haben die Behörden richtig reagiert und zusätzliche Schulhäuser gebaut, die bis jetzt den Bedarf abgedeckt haben. Nun ist unsere Generation in die Jahre gekommen und bis 2030 wird sich die Anzahl der über Achtzigjährigen mehr als verdoppeln. Auf diese Entwicklung müssen wir vorausschauend reagieren. In Bezug auf Pflegeheimplätze und Alterswohnungen hat die Stadt wertvolle Schritte getan. Entsprechendes muss nun auch im ambulanten Sektor geschehen. Eines der grössten Probleme im Alter ist die soziale Isolation mit ihren Folgen wie Verwahrlosung, Depression, körperlicher Verfall. Wichtig ist ein soziales Netz, das neu geknüpft werden muss, denn wir haben es im Gegensatz zu früheren Generationen verpasst, eine grosse Kinderschar auf die Welt zu stellen. Die ein, zwei Kinder, die wir haben,

wohnen oft weit weg. Weil dieses Netz fehlte, stand ich als Hausarzt immer wieder vor der Situation, dass bei einer Gesundheitsverschlechterung notfallmässig ein Pflegeheimplatz gesucht werden musste oder die Person gar als Pflegenotfall ins Spital eingewiesen werden musste. Dies ist nicht sinnvoll, kostet doch ein Tag im Spital die Allgemeinheit weit über 1'000 Franken. Bei dieser demografischen Umschichtung gibt es eine grosse Gruppe von betagten guten Steuerzahlern. Im Sinne der Generationengerechtigkeit soll ihr Geld nicht nur in Schulhausrenovationen und Strassen fliessen, sondern auch in die wichtige Beratung im Alter sowie in die Prävention vor sozialer Isolation.

Gemeinderat Fredi Marty (MproF): Wir müssen heute Abend über ein sehr fragwürdiges Kreditbegehren befinden. Fauler Kredit wäre wohl nicht die korrekte Bezeichnung. Aber ich befürchte, dass in diesem Rat ein fauler Kompromiss geschlossen wird. Da wir höchstwahrscheinlich vor einem weiteren Budgetdefizit stehen und die Finanzlage unserer Stadt absehbar schlechter wird, hätte der Stadtrat uns dieses Geschäft gar nicht erst vorlegen dürfen. Es handelt sich bei der Fachstelle Alters- und Generationenfragen um reinen Wunschbedarf in einer Zeit, in der wir uns auf das Notwendige beschränken sollten. Stattdessen möchte uns der Stadtrat ein Angebot verkaufen, das höchstens nice to have wäre. Nachdem die Thurgauer Zeitung die Botschaft am 9. September vorgestellt hatte, sah ich mich veranlasst, mit Bezug auf diesen Artikel einen Leserbrief zu schreiben. Ich forderte unseren Stadtpräsidenten auf, er solle das Zepter über die Finanzen in die Hand nehmen und seinem nebenamtlichen Kollegium endlich klarmachen, was heutzutage in Frauenfeld noch drin liegt. Das war zugegebenermassen etwas hart formuliert. Ich bitte Sie deswegen um Nachsicht, lieber Stadtpräsident. Ich habe gar nichts gegen Sie. Im Gegenteil, ich finde Sie sehr nett und stets freundlich. Aber vielleicht sind Sie ja ein bisschen zu nett. Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie sich gegen Ihre Kollegin aus dem Departement für Alter und Gesundheit durchsetzen und den Gesamtstadtrat auf einen rigorosen Sparkurs einchwören. Ich bin für Eintreten, werde mir aber erlauben, in der materiellen Beratung mehrere triftige Gründe aufzuführen, die gegen die Gewährung dieses Kredits sprechen.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich erlaube mir, hier gleich eine Antwort zu geben, weil Sie mich angesprochen haben. Ich habe den ironischen Unterton gehört, ich versuche nett zu bleiben.

Ich denke nicht, dass diese Thematik, die wir jetzt diskutieren, angelegt ist, um Budgetdebatten bereits vorzuziehen. Es ist klar und der Stadtrat hat das letztes Jahr sehr deutlich gemacht, wir haben unsere Strategie bekanntgemacht, sie ist allen bekannt, auch Ihnen, nämlich dass wir in den nächsten Jahren aufgrund der guten Eigenkapitalausstattung, die die Stadt Frauenfeld hat, die Zeit nutzen, um zum einen Eigenkapital abzubauen, zum zweiten zu schauen, was HRM2 in Bezug auf Budgetgenauigkeit im Verhältnis zur Rechnung bringt. Das werden wir erst nach zwei bis drei Jahren genau kennen, und dann auch erst den Hebel ansetzen, wo man Einsparungen nachhaltiger Art machen kann. Uns ist bewusst, dass wir zurzeit in einer finanziell angespannten Situation sind, Sie werden das ja dann sehen im Budget, uns ist aber auch bewusst, dass es nicht die Zeit von Schnellschüssen ist und schon gar nicht die Zeit von rigorosen Sparplänen. Sparen muss mit Bedacht angegangen werden. Denn man kann mit Sparen auch einiges, was gut gewachsen ist, kaputtmachen. Und deshalb denke ich, ist das jetzt nicht der Ort, dem Budget vorzugreifen, sondern diese Fragen, wann wir wie und wo sparen, bitte ich Sie, an anderer Stelle aufzuwerfen und dort auch zu diskutieren.

Gemeinderatspräsidentin Ursula DUEWELL (FDP): Aufgrund des letzten Votums möchte ich über das Eintreten abstimmen lassen. Zuerst möchte ich aber festhalten, dass wieder 37 Gemeinderäte im Saal sind; das absolute Mehr bleibt weiterhin bei 19.

Abstimmung

Eintreten wird mit 36 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 0 Enthaltungen beschlossen.

Materielle Beratung

Gemeinderätin Anita Bernhard (CH), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft und Gesundheit: Eine substanzielle Grundlage für unsere angeregte Diskussion bildete nebst der Botschaft des Stadtrats und einer detaillierten Information der Verantwortlichen an der GPK-Sitzung selbst die vorgängige Infoveranstaltung für alle Gemeinderäte zum Thema. Dabei wies die zuständige Stadträtin Elsbeth Aepli unter anderem darauf hin, dass die Stadt den Auftrag habe, ambulante und stationäre Angebote in ausreichendem Mass zur Verfügung zu stellen und folglich auch den Auftrag, diese zu koordinieren. Auch habe der Kanton mit der Pflegeheimplanung den klaren Auftrag vorgegeben, dass die Heimquote herabgesetzt werden müsse. Dies, aber auch der Wunsch älterer Menschen, länger in ihrem Zuhause zu verbleiben, bedinge zwangsläufig den Ausbau von entsprechenden Dienstleistungen. Um die gewünschte Wirkung der unterschiedlichen Leistungen zu erzielen, seien Informationen an die Bevölkerung erforderlich. Das könne beispielsweise via Homepage, durch persönliche Beratung, aber auch durch Mitarbeit bei diversen Projekten geschehen. Weiter sei die Koordination der Angebote sowie die Vernetzung aller Anbieter im Altersbereich notwendig und unverzichtbar. Dabei wirke die Anlaufstelle erfolgreich als Drehscheibe, was sicher sinnvoll sei und auch von den diversen Institutionen und Organisationen gewünscht werde. Es gelang der Stadträtin und ihren Mitarbeitern, die Argumente für einen Weiterbetrieb der Fachstelle für vorläufig drei Jahre schlüssig darzustellen. In der GPK wurde nochmals nach den verschiedenen Projekten sowie nach den Aufgaben und Wirkungen gefragt. Die Stelleninhaberin Verena Rieser arbeite bei den einzelnen Projekten mit, sei die Ansprechperson für die vielen Freiwilligen oder gehe zum Beispiel am Kurzdorftreff auch aktiv auf die Besucher zu. Auch die Förderung eines Bildungsangebots im Bereich Pflege und Betreuung zu Hause war Thema. Der Amtsleiter stellte dabei klar, dass die Fachstelle selbst keine Programme anbiete, sondern lediglich das bestehende Angebot vermittele und fördere. Auseinander gingen unsere Meinungen in der Frage, inwieweit sich die Bevölkerung Informationen selber beschaffen könne und solle. Dabei wurde u.a. die Meinung vertreten, ein unkomplizierter, kompakter Flyer mit den wichtigsten Adressen ohne ablenkende Werbung reiche dafür aus, dass sich vor allem Angehörige sehr wohl selber durchfragen könnten und so auch ohne Fachstelle entsprechende Lösungen gefunden würden. Dem wurde entgegengehalten, dass einerseits nicht alle älteren Menschen noch Angehörige hätten, die für sie recherchieren könnten und dass zudem oftmals Eile geboten sei und unheimlich viel Zeit aufgewendet werden müsse, bis man sich in diesem Irrgarten einigermaßen zurechtfinde. Und dafür sei die Fachstelle da. Sie sei der Knotenpunkt für alle möglichen Dienstleistungen und sie informiere die Betroffenen, wie weiter vorzugehen sei. Gegen Schluss der Sitzung herrschte vornehmlich die Meinung, dass die Fachstelle Sinn mache und durchaus notwendig sei. Trotzdem wurde ein Gegenantrag gestellt. Es sei der totale Kreditbetrag von 240'000 Franken auf 180'000 Franken zu kürzen, und zwar mit der Begründung, es sei nicht Aufgabe der Stadt, für ältere Menschen Events oder Möglichkeiten, sich zu treffen, zur Verfügung zu stellen. Die zuständige Stadträtin hielt jedoch fest, dass die jährlichen 80'000 Franken nur für Löhne, Sozialleistungen und Büroinfrastruktur zur Verfügung stünden und eine Kürzung der Summe zwangsläufig eine Kürzung des Pensums beinhalte. Die GPK stimmte dem Weiterbetrieb der Fachstelle für vorläufig drei Jahre mit einer Enthaltung zu. Dem dafür benötigten Kredit wurde mit zwei Gegenstimmen ebenfalls zugestimmt. Einvernehmen herrschte darüber, dass die Beiträge für die Projekte jährlich budgetiert werden müssen.

Gemeinderat Peter Wildberger (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:

Wir hatten verschiedentlich Einblick in die Arbeit der Fachstelle für Alters- und Generationenfragen. Diese leistet ausgezeichnete Arbeit und der Aufgabenkatalog ist sinnvoll zusammengestellt. Eine Kürzung der Stellenprozente wäre kontraproduktiv. Viele alte Leute leben isoliert und gehen kaum aus dem Haus und auch nicht zur Anlaufstelle. Wichtig ist, auf diese Leute zuzugehen, dies am besten in den Quartieren mit niederschweligen Anlässen wie dem Kurzdorftreff, wo Frau Rieser solche Leute ansprechen und sie auch dort beraten kann. Solche Treffs in jedem Quartier mit vielen Freiwilligen aufzubauen, braucht einen professionellen Anschub und Begleitung, sonst versanden sie wieder, da die Betreuenden immer wieder wechseln werden. In diesem Sinn bittet die Fraktion der CH/Grünen/GLP einstimmig, den Anträgen in der Botschaft zuzustimmen.

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP:

Unsere Fraktion ist im Gegensatz zu Fredi Marty ganz anderer Meinung hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit dieses Geldbetrags, um den es heute geht. Wir sind der Meinung, dass dieses Geld hervorragend investiert ist. Man muss nur bedenken, wenn durch diese Fachstelle von einigen wenigen Leuten die Aufenthaltsdauer in Heimen oder Spitälern verkürzt werden kann, wird das Geld bei Weitem und mit Sicherheit wieder herausgeholt. Davon ist unsere Fraktion überzeugt. Wir haben auch ein Beispiel aus dem familiären Umfeld eines Mitglieds unserer Fraktion, bei dem durch die Arbeit der Fachstelle genau dies gelungen ist. Das wären dann schon ein paar Tausend Franken dieses Kredits, der belegt ist, die eingespart werden konnten. Natürlich sind diese Daten schwierig zu belegen. Wir können ja nicht überall nachgehen und fragen, wer wurde jetzt nicht ins Heim eingewiesen oder ins Spital und wie viele Franken waren das? Aber wer die Webseite besucht, wird sich selber überzeugen können, dass die Daten so ausführlich und vielfältig und übersichtlich gestaltet sind, dass es Familienangehörigen und auch betroffenen Menschen selber leicht zugänglich ist, die nötigen Adressen und Unterstützungen in der Stadt zu finden. Man kann auch diesen Flyer anschauen, ob man Freude hat über die Werbung oder nicht, ist eine andere Frage, aber die Adressen da drin, das Angebot, das zusammengestellt wurde, ist deutlich hilfreich.

Auch wenn man die Anzahl Besucher auf der Fachstelle anschaut und daraus ableitet, dass kein Bedarf da sei, dann greift das bei Weitem zu kurz. Nur wenn man auch schon die Anzahl Besucher auf der Webseite miteinbezieht, dann kriegt man ein anderes Bild, und wer sich die Mühe genommen hat und an die Tischmesse zum ITAM, zum Tag der älteren Menschen ging, hat da ein zahlreiches Publikum angetroffen, das sich sehr interessiert und rege an den verschiedenen Tischen informiert hat. Es scheint wirklich ein Bedarf zu sein. Ausserdem fände ich persönlich es für eine Stadt wie Frauenfeld **peinlich**, wenn wir uns diesen Service nicht leisten würden. Nicht nur ist er notwendig und er wird sich finanziell lohnen, sondern es gehört sich einfach, wie auch andere Dinge zum Service gehören. In der heutigen Zeit, wo wirklich ein grosser Bedarf an Informationen in diesem Sektor ist, gehört es sich, dass wir da gut informieren. In dem Sinn darf ich im Namen unserer Fraktion auch Verena Rieser herzlich danken und dem Amtsleiter sowie Elsbeth Aepli für ihre engagierte und vorausschauende Arbeit. Unsere Fraktion wird mit Überzeugung einstimmig ja sagen zu den Anträgen.

Gemeinderätin Barbara Dätwyler (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO:

Alterspolitik nimmt in den Städten zunehmend an Bedeutung ein. Wir sind da keine Ausnahme. Im Gegenteil. Die Stadt Frauenfeld hat sich mit der Entwicklung ihrer älteren Bevölkerung schon intensiv auseinandergesetzt. Daraus resultierte das Alterskonzept, in welchem der Problematik von sozialen Strukturen und dem Angebotsdschungel im Bereich Alter Rechnung getragen wird. Die Ziele aus dem Konzept sind verbindlich. Der Ge-

meinderat hat diesem zugestimmt. Aus dem beruflichen Umfeld in unserer Fraktion kennen wir die akuten und chronischen Probleme im Alter aus persönlichen Begegnungen. Jede und jeder will zu Hause alt werden. Es soll möglichst nichts kosten und dabei noch effektiv sein. Die demografische Entwicklung wird unsere Gesellschaft und auch die Stadt Frauenfeld als deren Konkurrenten noch fordern. Deshalb sieht die SP-Fraktion es auch als dringend nötig an, die aufgegleiste Arbeit der Anlaufstelle Alters- und Generationenfragen weiterzuführen. Die vielen Angebote sind für Laien und Angehörige in herausfordernden Situationen eine Überforderung. Und schnelle und vor allem kostengünstige Lösungen zu suchen ist ohne professionelle Hilfe eine Herkulesaufgabe. Wir sehen in der Koordination durch die Fachstelle eine geeignete und mittlerweile auch bewährte Dienstleistung zur Vernetzung mit den vielen Anbietern im Alterssegment in der Stadt sowie mit anderen Fachstellen, eine Mithilfe in Projekten, die das Älterwerden im Quartier unterstützen, und einen wirklichen Beitrag, um die Kosten im sozialen Gesundheitsbereich zu senken, denn ambulante Betreuung kostet immer noch sehr viel weniger als stationäre Aufenthalte. Deshalb für alle Generationen in dieser Stadt bitten wir um Unterstützung und Zustimmung der Anträge.

Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Die Fachstelle Alters- und Generationenfragen wird in unserer Fraktion grossmehrheitlich nicht infrage gestellt. Wir sehen den Nutzen und die gute Arbeit dieser Stelle und sind der Überzeugung, diese Stelle weiterzubetreiben. Dennoch stehen wir dem Kreditantrag in der Höhe von 240'000 Franken sehr kritisch gegenüber. Unsere Begründung sind folgende Punkte:

Die Erstaufwendungen im Zusammenhang mit der Gründung der Stelle sind erfolgt. Die Mitarbeiter sind eingearbeitet und die Abläufe somit rationeller. Bereits erarbeitete Projekte können modulartig übernommen werden. Neu ist zusätzlich ein Amtsleiter eingestellt worden.

Zwei, drei persönliche Kontakte pro Woche gemäss Botschaft sind sehr wenig für eine öffentliche Anlaufstelle.

Auf zwei weitere Punkte möchten wir speziell eingehen:

Die langjährig bewährte und sehr seriös arbeitende Organisation Pro Senectute erhält im Jahr 2016 gemäss Budget der Stadt Frauenfeld 17'000 Franken. Auf der Homepage wirbt die Pro Senectute mit folgenden Worten: „Wir sind die grösste und bedeutendste Dienstleistungsorganisation für ältere Menschen und ihre Angehörigen in der Schweiz. Als erste Anlaufstelle für Altersfragen decken wir wichtige Bedürfnisse von älteren Menschen und deren Angehörigen ab.“ Weiter heisst es: „Wir beraten Sie bei Fragen, unterstützen Sie zu Hause und sorgen mit unserem grossen Angebot an Freizeitveranstaltungen für Abwechslung.“ Aufgrund dieser Aussagen sind wir klar der Meinung, dass diese Aufgaben von unserer Beratungsstelle übernommen werden und somit die Handhabung dieses Kredits in Zukunft überdacht werden muss.

Es ist nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, Veranstaltungen und Events für Senioren zu veranstalten. In diesem Bereich stehen für uns ganz klar die Einzelinitiative, die Vereine und die kirchlichen Organisationen im Vordergrund. Die Senioren sind nach wie vor eine sehr grosse Stütze der Gesellschaft, in Gesprächsrunden unverzichtbar, in Firmen die grauen Eminenzen, und solange sie vital sind, sehr schlau und uns Jungen in vielen Bereichen einen Schritt voraus. Zusammengefasst: Sie sind zum grossen Teil selbstständiger als viele andere Altersgruppen, für die wir noch keine Anlaufstelle betreiben.

All diese Punkte führen zu unserem Antrag, der lautet: Kürzung des beantragten Kredits um 60'000 Franken auf neu 180'000 Franken.

Wir bitten die Präsidentin, diesen Antrag vor den Anträgen des Stadtrats zu platzieren.

Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Soll sich die Stadt Frauenfeld weiterhin für die älteren Menschen in unserer Stadt einsetzen und ihr Angebot bzw. Beratungen machen? Ist dies Aufgabe einer Stadt? Diese Fragen wurden in unserer Fraktion kontrovers diskutiert. Fakt ist, dass die Stadt sich bereits für Anliegen der Jungen sowie für die Integration von ausländischen Staatsangehörigen einsetzt und auch grössere Ausgaben in diesem Zusammenhang tätigt. Ältere Menschen machen eine stark wachende Bevölkerungsgruppe aus. Bei der Vorlage geht es um eine vorerst auf drei Jahre befristete Stelle. Im dritten Jahr soll entschieden werden, wie es weitergeht. Damit der Rat in diesem Zeitpunkt klare Grundlagen hat, ist es der FDP-Fraktion wichtig, dass in den nächsten Jahren ein aussagekräftiges, aber auch schlankes Controlling gemacht wird. Dieses soll insbesondere Auskunft geben, welche Arbeiten ausgeführt wurden und wie viele Kontakte zu welchen Themengruppen die Fachstelle mit älteren Menschen bzw. deren Angehörigen hatte. Wenn auch noch eine Aussage zu Kosteneinsparungen bedingt durch die Arbeit der Fachstelle gemacht werden könnte, wäre dies natürlich sehr zielführend, wenn dieser Rat in knapp drei Jahren über eine Weiterführung beraten würde.

In der Fraktion stellte sich die Frage, ob im Moment wirklich ein solcher Betrag ausgegeben werden muss. Daher stösst der Antrag der SVP/EDU-Fraktion betreffend die Kürzung des Betrags auf offene Ohren und erhielt eine klare Zustimmung. Sofern der Antrag nicht durchkommen sollte, werden diverse Fraktionsmitglieder das Geschäft als Ganzes ablehnen.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Ich werde den Antrag der Fraktion SVP/EDU bei der Beschlussfassung dem Antrag des Stadtrats gegenüberstellen.

Gemeinderat Fredi Marty (Mprof): Wie bereits angekündigt, beantrage ich Ihnen, das Kreditbegehren von 240'000 Franken zum Betrieb der Fachstelle Alters- und Generationenfragen für drei Jahre abzulehnen.

Zur Begründung: Mit dieser Art von unnötigen Krediten belasten wir die Stadtrechnung in einer Zeit von Defiziten, die letztlich zu einer Steuererhöhung führen werden. Wir haben in Frauenfeld bereits mehrere Institutionen, an die man sich mit Alters- und Generationenfragen wenden kann. Gegenüber dem Rathaus befindet sich die AHV/IV-Gemeindestelle und am Bankplatz 5 hilft die Beratungsstelle Frauenfeld der Pro Senectute Thurgau bei Alters- und Generationenfragen. An der Oberstadtstrasse 6 heisst uns das Zentrum 55+ willkommen. Ich gehöre seit knapp einem Jahr auch zu dieser Altersgruppe, die vom reichhaltigen Angebot profitieren kann. Oder ich könnte, wenn ich denn wollte. Es gibt eine gute Broschüre, die anschaulich schildert, was wir älteren Semester tagein tagaus unternehmen können, damit uns nie langweilig wird und wir nicht vereinsamen müssen. Wir können kreativ sein, werden aufgefordert, etwas für unser Wohlbefinden und unsere Gesundheit zu tun, auf Wanderungen und Ausflügen wird die Geselligkeit gepflegt, sodann können wir uns am Computer weiterbilden und erst noch Sprachen lernen. Gut, die Kurse kosten etwas, aber nicht so viel. Dann haben wir noch den AWIQ-Newsletter. Das Projekt „Älter werden im Quartier“ ist im Kurzdorf, wie man liest und hört, erfolgreich angelaufen und dürfte, wie ich Frau Stadträtin Aepli kenne, auch auf andere Quartiere ausgeweitet werden. Eine gute Sache, die von der Einwohnerzeitung frauenfeld.ch publizistisch begleitet wird. Und schliesslich gibt es noch das stadt- und linientreue Amtsblatt Frauenfelder Woche, dessen Redaktion für Alters- und Generationenthemen grosszügig Platz einräumt.

Im Übrigen teile ich die Meinung der SVP/EDU-Fraktion, dass es nicht Aufgabe der öffentlichen Hand ist, Veranstaltungen und Events für Senioren zu organisieren. Und natürlich haben unsere Ratskollegen recht, wenn sie auf den neuen Amtsleiter hinweisen, der sich in Alters- und Generationenfragen bestens auskennt. Dieses Potenzial sollte unbedingt genutzt werden. Was mich am Kürzungsantrag jedoch stört, ist die Widersprüchlichkeit zur angesagten Politik der Volkspartei, die sich unlängst in einer Erfolgsbilanz gerühmt hat, wie sehr sie sich für ausgeglichene Rechnungen einsetze. Wenn Sie hier nur 60'000 Franken einsparen wollen, tun Sie zu wenig, um Ihr hochgestecktes Ziel zu erreichen. Es gibt nur einen Weg, dem Übergang des Pilotbetriebs der Anlaufstelle in eine Fachstelle für vorerst drei Jahre darf nicht zugestimmt werden. Der Kredit von 240'000 Franken muss abgelehnt werden. Nur so nehmen wir in unserem Rat die Verantwortung für die Stadtfinanzen wahr, wie es die steuerzahlende Bevölkerung von uns erwarten darf.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Ich werde den Antrag von Fredi Marty in der Schlussabstimmung dem Antrag 2 oder dem Antrag der Fraktion SVP/EDU gegenüberstellen, je nach Resultat der ersten Abstimmung.

Gemeinderätin Eveline Buff (GP), Referentin im eigenen Namen: Die Anlaufstelle für Alters- und Generationenfragen im Rathaus – ein Lichtblick im Dschungel der Gesetze und Verordnungen. Ein wichtiger Knotenpunkt oder Drehscheibe, ein zentraler Ort und eine Leiterin Frau Verena Rieser, die nicht nur eine sehr gute fachliche Anlaufstelle bietet, sondern die Betroffenen auch menschlich entgegennimmt. Bereits zum zweiten Mal habe ich erfahren, wie wertvoll diese Koordinationsstelle arbeitet. Vor Jahren, als unser Vater erkrankte und die letzten Jahre, als unsere Mutter schwer erkrankt ist und verschiedene Unterstützungen benötigt hat, um wieder zu Hause leben zu können. Für meinen damals dementen Vater hat eine Schwester alles Nötige organisiert und ich kann und muss Ihnen sagen, sie ist von Pontius zu Pilatus geschickt worden und musste an x amtlichen Stellen vorstellig werden, bis endlich alles Nötige geregelt werden konnte. Beim andern Elternteil habe ich mich an Verena Rieser, die Leiterin der Anlaufstelle für Alters- und Generationenfragen gewandt. In dem ganzen Irrgarten hat sie uns ruhig entgegengenommen, sich die Zeit genommen und uns auch ausführlich informiert und beraten. Es war ein Lichtblick im ganzen Stress. Wir vier Schwestern sind noch alle in einem Alter, in dem wir noch vieles verstehen können. Trotzdem ist es bereits für uns sehr kompliziert gewesen, wie weiter vorzugehen ist. Armer älterer Mensch, er wäre schlichtweg verloren. Ein Sozialarbeiter des Spitals, ein behandelnder Arzt, ein Amt – erwarten Sie nicht, dass sie sich darum kümmern werden. Obwohl viele Strukturen und Organisationen in Bezug für die Altersfragen existieren, sind sie immer noch schlecht miteinander vernetzt und koordiniert. Dafür ist eine zentrale Stelle wichtig, die die vielseitigen Anlaufmöglichkeiten aufzeigen kann. Ich vergleiche es gern mit einem Allgemeinmediziner, der seinen Patienten kennt, die Triage macht und die Verbindungen zu den benötigten Spezialisten aufzeigen kann. Dadurch wird individuell der optimalste Weg für die verschiedensten Bedürfnisse aufgezeigt. Der Bedürftige wird somit bestmöglich betreut und versorgt, seine grösstmögliche Selbstständigkeit und Lebensqualität wird erhalten, was ja auch den Zielen der angestrebten Alterspolitik entspricht. Nicht umsonst stellt der Kanton für diese Stelle auch finanzielle Unterstützung in Aussicht. Es ist aber auch nicht alles nur eine Frage, die finanziell betrachtet werden kann. Es ist auch eine grosse Entlastung für die Angehörigen, die ihnen viel Zeit und Stress erspart. Überlastung, Ausfälle in ihrem Umfeld und der Familie, eventuell sogar am Arbeitsplatz können aufgefangen und vermieden werden, was auch im Sinn der Allgemeinheit ist. Die gute Betreuung und Beratung schafft Vertrauen beim Betroffenen und zeigt ihm auf, dass er ernstgenommen wird und wichtig ist und immer noch in unserer Gesellschaft integriert ist. Bedenken wir auch, dass diese Dienstleistung nicht nur den Privatpersonen dient, sondern auch den Institutionen und Organisationen der Fachbereiche. Diese ausgezeichnete

nete Beratungsstelle ist somit nicht einfach nur wünschbar, nein, sie ist schlichtweg notwendig. Bedenken wir die demografischen Prognosen. Es ist unsere politische Verantwortung, dieser Entwicklung rechtzeitig Rechnung zu tragen. An dieser Stelle ein grosses Dankeschön an Verena Rieser. Ich fordere Sie auf, diese sinnvolle, nötige und wertbringende Stelle zu unterstützen. Votieren Sie für die Menschen von Frauenfeld.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH): Ich äussere mich zum Antrag 3. Dazu haben wir noch nichts gehört. Da steht, die Beträge für Projekte der Fachstelle werden jährlich budgetiert. Dieser Antrag 3 ist überflüssig oder unzulässig. Ein Projektkredit braucht einen Ausgabenbeschluss, soweit sind wir uns einig, das will der Stadtrat offenbar auch hier darlegen. Es ist ja nicht im heutigen Betrag drin. So weit so gut. Sobald aber die Ausgabenbewilligung die Zuständigkeit des Gemeinderats betrifft, ich gehe nicht davon aus, dass so hohe Projekte für die Zuständigkeit des Volks gemacht werden wollen, braucht es aber eine separate Botschaft. Das steht in der GO. Da kann man das nicht einfach ins Budget hineintun. Also insoweit wäre dieser Antrag unzulässig, da können wir uns nicht drüber hinwegsetzen. Und soweit die Ausgabenbewilligung unter unserer Zuständigkeit ist, ist es völlig klar, dass es im Budget kommt. Insoweit ist der Antrag 3 überflüssig. Ich ersuche den Stadtrat, diesen Antrag zurückzuziehen.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im eigenen Namen: Sind wir doch glücklich, wenn es uns gut geht. Plötzlich kommt es vielleicht ganz anders. Oder wer würde folgenden Verlauf erwarten? Geplante OP, nicht wirklich heikel, aber was heisst das bei älteren Leuten? Infektion, erneute OP, Reha, um stärker zu werden, was aber nicht gelingt, retour ins Spital, eigentlich müsste man im Spital bleiben, man kann aber auch ein Ferienzimmer in einem Pflegeheim suchen, wobei man selber sehr grosser Zweckoptimist sein muss, um daran zu glauben, dass es wirklich ein vorübergehender Aufenthalt sein wird. Und dennoch weiss man, dass sich die Mutter einen Heimaufenthalt wirklich gar nicht vorstellen kann. Nach diesen zwei bis drei Monaten ist man schon recht ausgelaugt im Suchen von kreativen Lösungen. Da ist es doch sehr beruhigend, dass es neben der Evaluation einer Rundumbetreuung nur einen Termin braucht, um Antworten auf alle übrigen Fragen zu erhalten. Seien dies: Woher bekomme ich ein Pflegebett? Woher bekomme ich einen Rollstuhl? Wo habe ich psychiatrische Anlaufstellen? Wer kann mir im Handling vom Stoma helfen? Wo gibt es Alzheimerfachleute? Wie ist das genau mit den verschiedenen Spitexorganisationen? Wo kann ich Spezialnahrung bekommen? Etc. und dazu dient diese Fachstelle. Und die ist gut. Ich hätte für diese Leistung auch gern bezahlt, wenn es vorgesehen wäre. Aber denken Sie auch daran, dass nicht jeder bereit ist, für so eine Leistung zu bezahlen. Und ich denke, einer Stadt wie Frauenfeld sollte auch der einzelne diese Dienstleistung nicht bezahlen müssen, denn das würde auch eine zusätzliche Barriere bedeuten. Dabei sind Fachwissen, Kontakte in alle Winkel und eine gute Erreichbarkeit elementar. Es ist sicher auch dienlich, Veranstaltungen zu organisieren, an denen man die Kontakte knüpfen und pflegen kann, denn persönliches Kennen und gegenseitiges Vertrauen sind wichtig. Zudem ist es bei der wachsenden Anzahl von älteren Einwohnern sicher auch wichtig, die vielen guten Lösungen, die es in Frauenfeld gibt, an einem Platz, an einer Veranstaltung vorzustellen. Denn jeder von uns hat in seinem Umfeld Personen, an die er Tipps weitergeben könnte. Also auch Sie wären gefordert, in Ihrem Umfeld so weiterzuhelfen, wie es nötig ist. Und wenn Sie dann einfach noch die Fachstelle als Tipp angeben können, haben auch Sie es einfacher. Die Differenz im Antrag, den wir gehört haben bezüglich der 60'000 Franken, macht 80 Rappen pro Einwohner und Jahr aus. Das ist es mir wert, dass andere, nicht nur von euch, sondern von ganz Frauenfeld von dieser Fachstelle in genügendem Mass profitieren können. Denn denken wir daran, es gibt in Zukunft immer mehr ältere Leute. Wir wollen mehr ältere Leute zu Hause leben lassen und allenfalls auch zu Hause sterben lassen. Wenn wir dies mit einer Fachstelle bei einigen schaffen, dann lohnt sich dies für unsere Stadt Frauenfeld nicht nur für das Image, sondern auch finanziell. Wer-

fen Sie nicht etwas so Gutes einfach über Bord. Eine Generation mit vielen guten Steuerzahlern dankt Ihnen dafür.

Gemeinderätin Anita Bernhard (CH), Referentin im eigenen Namen: Dass die Fachstelle als Drehscheibe in Sachen Altersfragen sehr gut wirkt, wurde mehrmals erwähnt. Ich möchte noch auf einen anderen Punkt eingehen. Ich gehe davon aus, dass mit den Events oder den Seniorenveranstaltungen der Kurzdorftreff, der jeweils am Mittwochnachmittag stattfindet, gemeint ist. Was dort in diesem Zusammenhang an Einsätzen und Freiwilligenarbeit geleistet wird, beeindruckt mich tief. Damit solche Anlässe funktionieren, braucht es nicht nur die vielen Freiwilligen und die Räumlichkeiten, ebenso sind Ansprechpersonen und eine Struktur vonnöten. Im Hintergrund werden die Fäden gezogen, werden die einzelnen Projekte koordiniert, was unter anderem zu den Aufgaben der Fachstelle gehört. Fällt nun eine direkte Unterstützung und Mitarbeit der Stadt weg, bin ich überzeugt, haben solch wertvolle Projekte wie das AWIQ keine grössere Zukunft. Zudem werden unter anderem an solchen Veranstaltungen viele ältere Menschen besser sozialisiert, informiert und vernetzt, was zur Folge hat, dass eine soziale Vereinsamung keinen Platz findet. Auch besteht die Möglichkeit, dass die anwesenden Seniorinnen oder Senioren auf Menschen treffen, die sie körperlich oder geistig unterstützen oder sie erhalten Informationen und Adressen, an wen sie sich diesbezüglich wenden können, sodass es möglich wird, länger selbstständig in der eigenen Wohnung zu bleiben und sich ein Heimeintritt durchaus verzögert. Abgesehen davon spricht Verena Rieser an solchen Nachmittagen ebenso Betroffene an und hält somit vor Ort Beratungen ab. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, der Fachstelle ohne Kürzung zuzustimmen. Ich bin überzeugt, dass wir durch eine solche Stelle, aber auch durch Projekte wie das AWIQ am Schluss mehr Geld einsparen, als wir einsetzen.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Das Mithören dieser Debatte betrübt mich ein wenig. Es gibt ein Wort, das in diesem Saal – es scheint zumindest so – immer mehr zu einem Fremdwort wird. Das Wort heisst Eigenverantwortung. Es geht um eine Grundhaltung, ob man die Bevölkerung, ob man unsere Bürgerinnen und Bürger für mündig hält, persönliche Herausforderungen selbst zu meistern und die Bewältigung des Alltags selbst zu gestalten, oder ob es wirklich für jede Situation und jede Stufe des Lebens den Staat braucht. Es ist nice to have, man kann das machen, wenn das Geld sprudelt, aber wir brauchen jetzt wirklich keinen zusätzlichen Sündenfall in diesem Bereich. Es sind vor allem drei Gründe, die ich aufführen möchte, um dieses Projekt abzulehnen.

1. Wir sprechen hier wirklich von hohen Kosten, die für immer bestehen werden. Wir errichten neue Strukturen, das sind zusätzliche Fixkosten, die wir kaum mehr wegbringen. Wir schaffen eine neue Stelle, das möchte ich nochmals betonen. Wir schaffen eine neue Stelle und bauen diesen Staat zusätzlich aus. Aus meiner Sicht geht das nicht, wenn man in einem Departement keine Einsparungen vornehmen kann. Einfach zusätzliche Aufgaben zu bewilligen, ist unverantwortlich. Reden Sie einmal mit Parlamentariern von anderen Städten. Vor allem Beispiel Stadt Zürich. Dann sehen Sie, was da für Verhältnisse herrschen, wie es schwierig ist, gegen diese Lobby anzukommen, wenn diese Strukturen einmal bestehen. Setzen wir auf die Eigenverantwortung.
2. Ich setze mich vehement gegen einen ausufernden Staat ein. Heute Nachmittag hat der Bundesrat beschlossen, dass er sämtliche Unternehmen mit über 50 Mitarbeitenden verpflichten will, alle vier Jahre obligatorisch eine Lohnanalyse zu erstellen und dies von einer externen Revisionsstelle überprüfen zu lassen, die dann einen Bericht zuhanden der Geschäftsleitung erstellt. Es ist eine Tendenz, dass sich der Staat in immer mehr Bereiche des Lebens einmischt und immer mehr Aufgaben an sich reisst. Ich wehre mich vehement dage-

gen, dass immer mehr von unserem Steuergeld, von unserem Steuerfranken so weggegeben wird und so verplant wird, ohne dass wir das selbst beurteilen oder selbst über den Franken bestimmen können. Denn der Steuerfranken ist immer noch beim Bürger am besten aufgehoben, da werden die Bedürfnisse am besten abgeholt. Es gibt Aufgaben, die meiner Meinung nach wirklich von anderen Organisationen gelöst werden sollten. Pro Senectute und die Kirchen wurden erwähnt. Da sind aus meiner Sicht Doppelspurigkeiten vorprogrammiert und ich frage mich wirklich, wo die Daseinsberechtigung dieser Organisationen liegt oder ob diese nicht geschmälert wird, wenn jetzt zusätzliche Angebote der Stadt in diesem Bereich geschaffen werden.

3. Wir müssen wirklich aufpassen, dass wir diese Ungleichbehandlung stoppen. Es ist verschiedentlich von diesem allumsorgenden Staat gesprochen worden, nicht explizit, aber so von wegen, dass der Staat sich um die Leute kümmern muss. Das Problem ist, diese Ansicht greift einfach zu kurz, weil die konkreten Probleme der Menschen, die konkreten Situationen zu unterschiedlich sind, als dass sie Lösungen einfach so präsentieren können. So fragt sich immer, wer profitiert von solchen Institutionen und solchen Angeboten? Wer nutzt diese auch wirklich? Jene, die das machen, profitieren natürlich, das mag ich denen gönnen. Aber es gibt ganz viele, die das nicht brauchen, nicht wollen, die eben eigenverantwortlich denken, die ihr Netz selbst pflegen. Da fragt sich wirklich, in welchen Fällen das gerechtfertigt ist, dass der Staat verpflichtet, dass da alle mitzahlen müssen. Ich bin der Meinung, es ist besser, wenn wir diese Aufgaben privat lösen, wenn diese individuell nach den Bedürfnissen der Menschen ausgestaltet werden. Diese Anlässe wurden vielfach erwähnt. Da geht es auch darum, dass die Stadt beispielsweise in der Werbung unterstützt, dass sie beispielsweise in der Kommunikation unterstützt und die Mobilisierung der Menschen für diese Anlässe vorantreibt. Es gibt so viele Vereine in dieser Stadt und es gibt so viele Vereine, die auch mit Mitgliederschwund zu kämpfen haben, die sich einsetzen müssen, dass sie überleben. Da frage ich mich wirklich, warum hier eine Ungleichbehandlung stattfindet, dass man bei gewissen Angeboten das unterstützt und bei anderen Vereinen nicht. Wir sind drauf und dran, neue Privilegien zu schaffen, gewisse Personen, die das nutzen, zu unterstützen und denen das zubilligen, aber alle anderen gehen leer aus.

Ich finde die Anträge zur Reduktion der Auswirkungen dieser Fachstelle sehr unterstützenswert, aber richtig wäre, dieses Projekt gänzlich zu verhindern. In der Botschaft auf Seite 9 ist das Kapitel Folgen bei Ablehnung des Kredits. Das zeigt die unterschiedliche Denkhaltung, die wir haben. Das ist das Kapitel, das mir in der ganzen Botschaft fast am besten gefällt, weil es aus meiner Sicht wirklich Chancen und Möglichkeiten aufzeigt, die sonst viel zu wenig beachtet werden. Da steht zum Beispiel „von anderen Finanzmitteln als Steuergeldern“. Einfach diese Vorstellung, dass man das auch privat lösen könnte, wird in diesem Kapitel erwähnt. Dass nur schon in Betracht gezogen wird und dass man sich das vorstellen kann, dass man die Aufgaben dieser Stelle mit anderen Mitteln weiterführen kann, ist ein kleiner Lichtblick. Es freut mich, dass man vielleicht doch noch die Eigenverantwortung nicht ganz vergessen hat.

Gemeinderätin Eveline Buff (GP): Es ist mir doch ein Anliegen, mich nochmals für diese Stelle einzusetzen und eine Replik auf die verschiedenen Anträge zu geben. Ja Thomas Gemperle, Eigenverantwortung ist richtig, es geht aber vor allem um die Gruppierungen, die das nicht mehr können, die **im Alltag** Unterstützung brauchen. Nicht alle älteren Leute haben Kinder oder sie haben Kinder, die weit entfernt wohnen. Nicht alle leben in guten sozialen Gefügen und können bei Bedarf auf diese zurückgreifen oder auf gute Nachbarn zählen. Deshalb sind diese Veranstaltungen wichtig. Ja, es hat mich auch gestört, Neudeutsch benannt Events. Ich würde diese lieber als sozialen Treffpunkt im Sinne von „wie geht's dir?“ bezeichnen. Die Schwelle,

jemandem von seinen persönlichen Problemen und Nöten zu erzählen, ist dort tiefer. Man kommt ins Gespräch und nicht zu vergessen, man sieht einander auch. Selbst wenn die Bedürfnisse nicht immer offen angesprochen werden, können diese von den beteiligten Fachpersonen doch erahnt oder gespürt werden. Frühzeitige Hilfe kann dann aufgegleist werden. Es ist nicht ein Computerchatraum. Einer sozialen Isolation und Vereinsamung wird dadurch entgegengewirkt. Immer öfter hört man auch von verwaorosten älteren Mitmenschen. Noch mehr zu denken geben Todesfälle, die erst nach geraumer Zeit bemerkt werden. Soweit soll und darf es doch nicht kommen. Für die Jugendlichen haben wir ein breites Angebot. Schüler, die Probleme haben, kommen ins Time-out, Spezialschulen usw., Privatsettings für andere Problemfälle, Sozial- und Fürsorge, da haben wir ausgezeichnete Hilfestellungen, aber die ältere Klientel, die in der Demografie einen immer grösseren Anteil ausmachen wird, ist uns nichts wert. Das darf doch nicht sein. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, diese Kürzungsanträge abzulehnen und der Stelle mit dem empfohlenen Kredit den wirklich nötigen Rahmen zu ermöglichen.

Gemeinderätin Barbara Dätwyler (SP): Ich wusste übrigens nicht, dass die Stadt Frauenfeld ein Verein ist, Thomas Gemperle. Ich danke für die Aufklärung. Ich hoffe, die Beiträge an eine Fachstelle sind doch noch etwas anders zu werten als eine Unterstützung an einen Verein.

Die Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO kann einer Kürzung des vorgesehenen Kredits auf keinen Fall zustimmen. Die Begründungen, die Stelle habe ja jetzt zwei Jahre gewirkt, jetzt solle man aufhören, das kann doch nicht sein. Es ist richtig, aber die Stelle ist noch nicht abschliessend etabliert und soll nun mit ihrer Weiterarbeit in den nächsten drei Jahren beweisen, dass sie der Stadt Frauenfeld einen Mehrwert bringt. Projekte – möge hier der Antrag berechtigt sein oder nicht, aber es geht hier um das Budget zur Finanzierung von Infrastruktur und Personalkosten, nicht um Projekte. Und die Aufgaben der öffentlichen Hand, Veranstaltungen und Events für Senioren, ja stimmt, wozu auch? Ist ja nur ein Teil, unwesentlich der Bevölkerung, welcher brav seine Steuern zahlt und im sozialen Leben der Stadt nicht in Erscheinung tritt. Dann werden wir wohl auch in Zukunft keine Veranstaltungen mehr unterstützen wie die Jungbürgerfeier oder wie ist das? Und Pro Senectute: Ich war auch auf der Webseite, lieber Christoph Tschanen, also die decken einen kleinen Teil der Altersarbeit ab, aber sicher nicht eine Drehscheibenfunktion für alle Bereiche der Altersarbeit in der Stadt Frauenfeld. In der Budgetdebatte haben Sie dann genügend Gelegenheit, um jeden Franken zwei Mal umzudrehen und zu hinterfragen.

Und jetzt noch zum Amtsleiter: Ich glaube nicht, dass der Amtsleiter eingestellt wurde, um die Fachstelle Alters- und Generationenfragen zu betreiben. Der hat andere Aufgaben. Er ist ja der Vorgesetzte. Ich finde es sehr schade, dass die Fraktion SVP/EDU und wie ich gehört habe auch die FDP jetzt schon den Rotstift vor der Budgetsitzung ansetzt und zukunftssträchtige Lösungen, welche ja indirekt auch zur Kostendämmung beitragen, blockiert.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP): Es ist zwar vielleicht nicht sinnvoll, dass Thomas Gemperle nachher nochmals das Wort erhalten kann, aber mich würde schon die Antwort wundernehmen auf die Frage, wo er die fehlende Eigenverantwortung sieht, wenn man ältere Personen nach Hause nehmen will. Und wer von uns oder von den Verwandten ist ein Zauberer, der so etwas aus dem Ellbogen schütteln kann? Ich denke, das ist das Problem. Und wenn wir wenige Fälle haben, dann ist das gar finanziell interessant und Zauberer sind wir nicht. Und ich kann Ihnen sagen, wenn so eine Anlaufstelle nicht existieren würde und ich mir das im Internetdschungel hätte zusammensuchen müssen, dann wäre es nicht so schön gekommen, wie es gekommen ist. Die Kosten, das kann ich Ihnen sagen, sind markant höher, wenn man sich einfach in ein Pflegeheim einweisen lässt.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Es ist genau dieses Weltbild, das mich ein wenig betrübt, dass man den Eindruck erweckt, dass nur der Staat sich um solche Menschen kümmert, und wenn der Staat und diese Stelle nicht da ist, dann verkümmern diese Menschen, dann sind sie in der Einsamkeit und fristen ein unethisches oder unmoralisches Dasein. Das ist einfach nicht der Fall. Ich wehre mich vehement dagegen und bin überzeugt, dass es Menschen gibt, die sich für ihre Mitmenschen einsetzen, gerade diese immer wieder erwähnte Babyboom-Generation, die jetzt ins Rentenalter kommt, ist im Grossen und Ganzen ziemlich fit, da hat es viel Potenzial für Freiwilligenarbeit. Ich bin überzeugt, dass sich diese für diese Themen einsetzen, auch Vereine gründen, die das unterstützen, ohne dass es dazu eine bezahlte Stelle braucht. Ich kritisiere vor allem auch bei den Events, dass die Ausgaben für diese Werbemassnahmen von der Stadt übernommen werden. Ich bin überzeugt, dass diese Angebote auch ohne städtische Hilfe weiterlaufen würden. Ich will ja nicht, dass diese Angebote jetzt aufhören, es ist nicht die Idee, dass alle Angebote eingestampft werden. Im Gegenteil. Die sind so gut aufgegleist, da sind so viele engagierte Menschen dabei, die sich da einsetzen. Ich bin überzeugt, auch ohne Staat läuft das weiter und diese Menschen erhalten weiter entsprechend Unterstützung auf freiwilliger Basis. Dieser Gedanke, dieses Menschenbild, dass man einfach uneigennützig sich um die Mitmenschen kümmert, dieses Menschenbild vermisse ich wirklich. Man ruft einfach nach dem Staat und will es an diese Fachstelle delegieren. Ist natürlich einfacher, aber mittel- und langfristig zerstören wir da die echte Solidarität in der Gesellschaft und das beunruhigt mich tatsächlich.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH): Nach diesem Votum von Kollege Gemperle doch noch auch inhaltlich von meiner Seite ganz kurz zu diesem Thema: Natürlich gibt es diese Leute, diese uneigennützigen Leute, die sich für andere Menschen einsetzen. Die gibt es, die wird es immer geben. Mal gibt es ein bisschen weniger, mal ein bisschen mehr, im Moment gibt es eher weniger, das können wir immer wieder lesen. Weniger Freiwillige, die Vereine haben Probleme etc. etc. Aber worum es hier geht: Es geht darum, dass man diese Leute, die es gibt, das bestreitet ja niemand, unterstützt, dass man die unterstützt. Und das ist ein relativ kleiner Betrag, mit dem man diese Leute, genau diese unterstützt mit dem Ziel, und das wird auch ganz sicher so sein, wir haben ja Betroffene hier im Saal, das haben die selber erlebt und gesagt, insgesamt rechnen sich diese 240'000 Franken nur, wenn man zwei, drei Mal, zehn, fünfzehn Mal solche Leute unterstützen kann, das besser geht. Wie ein Anreiz oder Incentive, oder wie auch immer man dem sagen will, Englisch geht es vielleicht besser für Ihre Seite, dann ist das Geld längstens, längstens wieder drin. Und es ist eben deshalb eine gute Investition und mich betrübt eher, dass man da kategorisch das nicht einsehen will.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP): Ich habe noch eine Frage an die Stadträtin. Mein Fraktionskollege Christoph Tschanen hat es in unserer Antragsbegründung erwähnt. Die Pro Senectute bekommt jährlich von der Stadt Frauenfeld 17'000 Franken. Ich konnte in der Botschaft nichts im Detail von der Pro Senectute lesen und mich nimmt es wunder. Wurde nach der Diskussion im Parlament zwei Jahre zuvor allenfalls eine Zusammenarbeit und eine Unterstützung mit der Pro Senectute vonseiten der Stadt Frauenfeld geprüft?

Stadträtin Elsbeth Aepli (CVP): Ich danke vorweg für die, so verstehe ich es, grossmehrheitlich zustimmenden Voten zur Anlaufstelle bzw. Fachstelle und stelle fest, dass der Bedarf und der Nutzen dieser Stelle an sich gross mehrheitlich positiv beurteilt wird. Es wird eher darüber diskutiert, ob das für 180'000 Franken oder 240'000 Franken zu haben ist. Das ist im Wesentlichen zu entscheiden. Ich danke auch für das Lob, das man Verena Rieser gemacht hat, gerade von Personen, die konkret mit ihr zu tun hatten. Urban Kaiser wird dies gern an sie weiterleiten.

Bei der Budgetdebatte vor zwei Jahren war die Anlaufstelle oder Fachstelle heute bereits einmal in Ihrem Rat ausgiebig diskutiert worden und ich möchte mich da nicht wiederholen. Es sind zum Teil ähnliche Voten gefallen wie heute. Ich verweise bezüglich meiner Ausführung auch auf jenes Protokoll.

Bereits damals wurde seitens der SVP der Antrag gestellt, man solle die Anlaufstelle mit weniger Stellenprozenten machen, dieser Antrag wurde von Ihnen abgelehnt, bzw. es wurde der höhere Kredit bewilligt. Immerhin kann ich Ihnen sagen, dass es aufgrund der Voten damals vom Dezember 2014 heute so ist, dass der Amtsleiter 70 Prozent hat und die Anlaufstelle 50 Prozent, ursprünglich waren ja mal 60 Prozent vorgesehen für die Anlaufstelle. Ich habe das Pensum für die Anlaufstelle per 1. Januar 2015 von 60 Prozent auf 50 Prozent reduziert und eine weitere Reduktion dieser Anstellung ist einfach nicht opportun und nicht sinnvoll.

Wir beantragen Ihnen 80'000 Franken. Das sind nicht nur Lohnkosten. Es sind beispielsweise 15'000 Franken für Mietzins im Rathaus und Nebenkosten darin enthalten. Wenn ich nun je nach Antrag nur noch 60'000 Franken pro Jahr zur Verfügung hätte, wäre auch eine Variante, dass ich günstigere Büros suche, aber dann fehlen die 15'000 Franken wieder in der Stadtkasse. Es ist also dann die Frage, was sinnvoll ist. Oder umgekehrt, wenn die Anlaufstelle weiter im Rathaus bleibt, habe ich 60'000 Franken zur Verfügung, 15'000 Franken gehen für die Miete und Nebenkosten hier im Rathaus weg. Das sind 25 Prozent. Das ist ja dann auch kein sinnvoller Kostenteiler mehr. Ich wurde im Vorfeld gefragt, warum die Anlaufstelle überhaupt im Rathaus ist. Es könnte sein, dass wir die Anlaufstelle ins Haus Sappone verlegen, damit Amtsleiter und Anlaufstelle räumlich näher sind. Aber das ist erst mal angedacht, es ist überhaupt noch nichts entschieden.

Zum Antrag der SVP möchte ich vorab wirklich auch danken, dass der Nutzen der Fachstelle anerkannt wird. Es geht nur, aber immerhin darum, 20'000 Franken pro Jahr einzusparen. Wie ich es verstanden habe, stört man sich an Veranstaltungen/Events für Senioren, die die Anlaufstelle organisiere. Ich kann Ihnen hier zusichern, dass die Anlaufstelle bis heute nie Unterhaltungsnachmittage oder –abende organisiert hat. Sie wird das auch in Zukunft nicht machen. Es sind Infoveranstaltungen von der Fachstelle organisiert worden beim Kurzdorftreff, das ist ein Projekt AWIQ, da arbeiten Freiwillige mit und Verena Rieser ist da sporadisch mal dort unten und gibt Auskünfte. Dieser Nachmittag wird nicht von der Anlaufstelle organisiert. Sie hat zum Beispiel Anlässe organisiert zum Thema Vorsorgeauftrag und Testament, einen Vortrag der stellvertretenden Notarin hier im Rathaus. Da kamen rund 150 Personen. Das ist wirklich Fördern der Eigenverantwortung. Wenn ich einen Vorsorgeauftrag mache, wenn ich das weiss, erspare ich der KESB und der Berufsbeistandschaft Arbeit. Oder diese ITAM-Veranstaltung vom 1. Oktober in der Konvikt-Halle, da haben 30 Anbieter ihre Sachen präsentieren und ihr Angebot aufzeigen können, damit die Personen, die gekommen sind – es waren rund 400 Personen, um sich zu informieren - nachher eben eigenverantwortlich wählen können, wo sie beispielsweise ihren Lebensabend verbringen wollen. In dem Sinn weiss ich nicht, wo ich 20'000 Franken sparen könnte, wenn ich die Events nicht mehr machen soll. Das hat niemals einen Umfang von 20'000 Franken. Bezüglich der 17'000 Franken für Pro Senectute, die angesprochen wurden, dieser Beitrag ist nicht ein Beitrag an Sozialberatung oder an Kurse oder Events von der Pro Senectute, sondern es ist ein Teil einer Leistungsvereinbarung. Wir unterstützen die Pro Senectute für geleistete Alltagshilfen, Besuchsdienste, Fahrten mit 4 Franken pro Stunde finanziert da die Stadt mit. Also nichts von Kursen oder Events. Und wenn man diese 17'000 Franken streicht, werden einfach diese Stunden für den Nutzer teurer. Das ist kein Goodwill für die Pro Senectute. Im Übrigen arbeiten wir immer mit der Pro Senectute zusammen. Der neue Geschäftsführer Rapha-

el Herzog war schon einige Male bei uns im Büro und wir haben uns ausgetauscht, was man wo machen kann, um eben genau Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

Zum Votum der FDP betreffend Controlling und Evaluation möchte ich darauf hinweisen, dass wir in der GPK dargelegt haben, dass wir uns wirklich um die Evaluation der Fachstelle kümmern wollen. Wir haben das jetzt auch sauber aufgegleist, indem Urban Kaiser vorneweg die Kriterien genannt hat, nach welchen er dann die Evaluation machen will. Controlling erfolgt laufend. Er ist immer mal wieder bei Verena Rieser in Besprechungen und in Rapporten. Und wir wollen ja diese Evaluation auch irgendwie in einem vernünftigen Rahmen halten im Verhältnis zum Aufwand der Fachstelle. Wir haben aufgezeigt in der GPK, was Evaluationen auch kosten können. 50'000 Franken, 100'000 Franken nur für eine Evaluation. Es wäre am schönsten, wenn ich Ihnen jedes Jahr fünf oder zehn Personen melden könnte, die wegen der Anlaufstelle nicht ins Alters- oder Pflegeheim gehen mussten und so Kosten bei der Ergänzungsleistung, bei der Restkostenfinanzierung eingespart werden konnten. Das ist natürlich schwierig. Verena Rieser hat den Auftrag gefasst, sie solle womöglich nachfragen, was es bewirkt hat. Aber wir können da nicht bei jedem nachfragen.

Zu Fredi Marty: Es trifft zu, wir haben in Frauenfeld viele Angebote, aber Koordination und neutrale Beratung passiert wirklich bei der Anlaufstelle.

Danke für den Hinweis von Peter Hausammann zum Antrag 3, den ziehe ich gern zurück. Wir wollten einfach aufzeigen, dass diese Projektgelder nicht in diesen 80'000 Franken enthalten sind.

Zum Votum von Thomas Gemperle, Eigenverantwortung werde mit der Anlaufstelle nicht gefördert. Es ist genau das Gegenteil der Fall. Ich glaube, was Christoph Regli oder Eveline Buff oder auch Peter Hausammann ausgeführt haben, genau das trifft zu. Eigenverantwortung wird gefördert, wenn man sich erkundigen kann, wie man jemanden zu Hause betreuen kann. Wir reisen mit der Fachstelle auch keine Aufgaben an uns. Es ist ein Bedarf vorhanden, dass man koordiniert und das wird uns auch von den Anbietern eindrücklich bestätigt.

Stichwort Kirchen: Die Kirchen arbeiten bei uns in den Projekten mit. Sie machen auch im Netzwerk mit. Sie bringen sich aktiv dort ein, wo sie etwas bieten können. Sie machen Besuche, Seniorenanlässe, seelsorgerische Beratung, aber sicher nicht eine neutrale Beratung, in welches Pflegeheim jemand gehen soll oder was es sonst an ambulanten Dienstleistungen gibt. Es hat mich gefreut, dass Thomas Gemperle gesehen und auch anerkannt hat, dass wir Finanzquellen immer wieder suchen und erschliessen in unserem Departement. Ich möchte noch darauf hinweisen, auch diese Broschüre Wegweiser zum ITAM-Anlass hat die Stadt recht wenig Geld gekostet. Wirklich wenig, denn das haben wir mit Sponsoren, eben mit diesen Inseraten finanziert. Wir sind da immer wieder daran, Geld zu suchen, damit es möglichst wenig Steuergelder braucht. Aber sonst sind vieles von Ihnen Gemeinderat Gemperle, Worthülsen, wie es andere Gemeinderäte auch festgestellt haben. Letztlich werden Leute, die wirklich eigenverantwortlich für ihre Angehörigen sorgen wollen, mit der Anlaufstelle unterstützt.

Wir haben uns wirklich intensiv Gedanken gemacht, wie wir die Anlaufstelle oder neu die Fachstelle organisieren wollen. Eine 50%-Anstellung ist aus unserer Sicht das Minimum und für diese 50%-Anstellung und die Büroräume brauchen wir diese 80'000 Franken pro Jahr oder 240'000 Franken für drei Jahre. In dem Sinn ersuche ich um Zustimmung zu den Anträgen.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Ich erkläre somit die materielle Beratung als abgeschlossen. Wir haben drei Anträge, die gemäss Art. 51 Abs. 2 einander gegenübergestellt werden müssen. Jedes Mitglied des Rats kann nur einem Antrag zustimmen. Ich werde die drei Anträge nochmals erwähnen und dann abstimmen lassen.

Der 1. Antrag des Stadtrates lautet: Für den Regelbetrieb der Jahre 2017, 2018 und 2019 wird ein Kredit von Total 240'000 Franken bewilligt.

Der 2. Antrag der Fraktion SVP/EDU heisst: Kürzung des beantragten Kredits von 240'000 auf 180'000 Franken.

Der 3. Antrag von Fredi Marty (MproF) lautet: Das Kreditbegehren von 240'000 Franken zum Betrieb der Fachstelle Alters- und Generationenfragen für 3 Jahre ist abzulehnen.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP) lässt darüber abstimmen.

Abstimmung

[Die Abstimmung muss wiederholt werden.]

Gemeinderat Jörg Schläpfer (FDP): Ich habe eine Frage zum Vorgehen. Sehe ich das richtig, dass geplant ist, drei Anträge einander gegenüberzustellen und nicht die bisherige Praxis fortzuführen, jeweils zwei Anträge einander gegenüberzustellen?

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Gemäss Art. 51 Abs. 2: Stehen einander mehr als zwei gleichrangige Anträge gegenüber, werden sie gegeneinander ins Mehr gesetzt. Jedes Mitglied kann nur für einen Antrag stimmen. Erhält in der ersten Abstimmung kein Antrag die absolute Mehrheit der Stimmenden, wird darüber abgestimmt, welcher von den zwei Anträgen, die am wenigsten Stimmen erhielten, aus der Abstimmung fällt. Dann wird die Abstimmung in gleicher Weise über die verbliebenen Anträge fortgesetzt, bis einer von ihnen obsiegt. Das heisst, wenn die erste Abstimmung ein absolutes Mehr ergibt, ist fertig bzw. dann müssen die anderen nicht hinausfallen.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH): Bitte in Zukunft vor der Abstimmung diskutieren, nicht nach der Abstimmung. Sie hat gesagt, wie sie abstimmen will und niemand hat sich gemeldet, also wird so abgestimmt.

Antrag 2 Stadtrat	19 Stimmen
Antrag Fraktion SVP/EDU	17 Stimmen
Antrag Fredi Marty	1 Stimme

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Wenn ich das Reglement richtig deute, ist mit 19 Stimmen das absolute Mehr erreicht. Der Antrag 2 des Stadtrates hat mit 19 Stimmen das absolute Mehr erreicht. Damit haben Sie dem Antrag zugestimmt.

Abstimmung

Antrag 1 des Stadtrats wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Antrag 3 des Stadtrats wurde von Stadträtin Elsbeth Aepli zurückgezogen.

92

BOTSCHAFT AN DEN GEMEINDERAT; ALTERSZENTRUM PARK - VEREINHEITLICHUNG DER BETREUUNGSTAXE PER 1. JANUAR 2017

Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Folgende Unterlagen wurden uns im Vorfeld zugestellt:

- Botschaft Nr. 17 vom 6. September 2016 betreffend Alterszentrum Park, Vereinheitlichung der Betreuungstaxe per 1. Januar 2017
- Protokoll Nr. 5 vom 20. September 2016 der GPK Gesellschaft und Gesundheit; dieses wurde am 12. Oktober im Extranet aufgeschaltet.
- Das lachsfarbene Papier der GPK Gesellschaft und Gesundheit haben Sie mit der Einladung zu dieser Sitzung erhalten.

Zuerst erfolgt die Eintretensdebatte gefolgt von der materiellen Beratung. Zum Schluss werden wir über den Antrag des Stadtrats und eventuelle Anträge aus dem Rat abstimmen. Gibt es Einwände zu diesem Vorgehen? – Wir kommen zum Eintreten.

Eintreten

Gemeinderätin Barbara Dätwyler (SP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft und Gesundheit: Die GPK Gesellschaft und Gesundheit hat sich in ihrer Sitzung am 20. September 2016 eingehend mit der Botschaft Nr. 17 des Stadtrats beschäftigt. Sie ist einstimmig für Eintreten.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Materielle Beratung

Gemeinderätin Barbara Dätwyler (SP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft und Gesundheit: Im Frühjahr 2016 wurde im Alterszentrum Park eine Tätigkeitsanalyse durchgeführt. Dabei wurde im Detail abgeklärt, welche Leistungen des Pflege- und Betreuungspersonals welcher Kostenrechnung zuzuordnen sei. Also ob es sich um Pension/Hotellerie, direkte Pflege oder um Betreuungsaufgaben handelt. Dabei zeigte sich, dass zur effektiven Deckung der Betreuungsleistungen eine einheitliche Taxe von 35 Franken pro Tag notwendig ist. Die Berechnung ist denkbar einfach. Anzahl Betreuungsstunden geteilt durch die Tage pro Monat ergaben eine Summe von 34.90 Franken. Der Gemeinderat hat auf 2016 schon einen ersten Schritt gemacht in Richtung Kostendeckung, als er beschloss, in den ersten drei Pflegestufen den Tarif der Betreuungstaxe auf 22 Franken zu erhöhen. Nun folgt mit dem Antrag des Stadtrats der nächste Schritt für die oberen Stufen. Betreuungsleistungen fallen in allen Stufen der Pflege an. Diese enthalten nebst den direkten Leistungen am Bewohner wie Ausflüge, Botengänge und Beratung auch strukturelle Kosten wie Ausbildung, Personalführung und Nachtpräsenz. Um der Kostenwahrheit genug Gewicht zu geben, sollen die Betreuungstaxen in den Stufen, die zu tief sind, um den Aufwand zu decken, angehoben werden und in den hohen Stufen, wo die Betreuungsleistungen eher abnehmen, gesenkt werden. Dabei sollen nicht Mehreinnahmen generiert wer-

den, sondern eine realitätsnahe Abbildung der wirklichen Kosten erreicht werden. Es wird auch keine Querfinanzierung im Alterszentrum Park geplant, sondern eine transparente Aufteilung gemäss wirklich erbrachtem Aufwand im Bereich der Betreuung. Die Vereinheitlichung ist kantonal im Trend und schon vielerorts vollzogen, Frauenfeld passt sich somit seinen Mitbewerbern an. Das lachsfarbene Papier enthält lediglich den klärenden Zusatz, dass die Anpassung der Betreuungstaxe nur im stationären Bereich gilt. Die GPK Gesellschaft und Gesundheit hat dem Antrag gemäss lachsfarbenem Papier einstimmig zugestimmt.

Gemeinderätin Julia Bünler (CVP), Referentin im Namen der Fraktion CVP/EVP: Die Botschaft wurde in unserer Fraktion eingehend besprochen und ich kann vorwegnehmen, dass wir für diese Vereinheitlichung der Betreuungstaxe sind.

Wie bereits vor einem Jahr sowie erneut in der vorliegenden Botschaft erläutert, gibt es Studien des Kantons St. Gallen und des Verbands Curaviva, welche die Tendenz erkennen lassen, das auf allen Pflegestufen eine Vereinheitlichung der Tarifstruktur bezüglich Betreuungstaxe angestrebt werden muss. Sprich, es nehmen alle Bewohner und Bewohnerinnen in etwa gleich viel Betreuung in Anspruch unabhängig ihrer RAI-NH-Einstufung. Diesen Umstand berücksichtigen bereits viele Institutionen im Thurgau mit einheitlichen Betreuungstaxen, wie in der Botschaft auf Seite 3 ersichtlich ist. Die Mehreinnahmen, welche durch diese Vereinheitlichung generiert werden, sind beispielsweise nötig für Renovationen und Investitionen im Bereich Immobilien, wie in der Botschaft vom 1. September 2015 bereits aufgezeigt wurde. Die in der vorliegenden Botschaft erwähnte Vergabe von Gutscheinen bei aktiver Mitarbeit an Bewohnerinnen und Bewohner zur Förderung der Selbstständigkeit begrüssen wir ebenfalls. Wie bereits erwähnt, sind wir von der Fraktion CVP/EVP einstimmig für die Annahme des Antrags einer einheitlichen Betreuungstaxe von 35 Franken fürs AZP.

Gemeinderat Claudio Bernold (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Mitglieder der Fraktion FDP haben die Botschaft des Stadtrats über die Vereinheitlichung der Betreuungstaxe für stationäre Wohnformen per 1. Januar 2017 eingehend diskutiert. Wir bedanken uns für die sauber verfasste Botschaft und den Nachtrag mit dem lachsfarbenen Papier, insbesondere mit der Präzisierung der betroffenen Wohnformen. Wir stellen fest, dass die Vereinheitlichung der Betreuungstaxe aus mehreren Gründen Sinn macht.

1. Eine einheitliche Betreuungstaxe ist in vielen Heimen mittlerweile die Regel.
2. Der Betreuungsaufwand wird gleichmässig auf alle Bewohner verteilt, unabhängig der Einstufung des Pflegebedürftigen. Bis anhin wurden fitteren oder weniger pflegebedürftigen Bewohnern tiefere Taxen berechnet. Es ist aber erwiesen, dass diese Betreuung intensiver nutzen, zum Beispiel mit verschiedenen Aktivierungsprogrammen, was insgesamt dazu beiträgt, dass die Bewohner ihre Selbstständigkeit länger aufrechterhalten können. Demzufolge ist der Betreuungsaufwand entsprechend höher zu bewerten und sollte mit Blick auf die Kostenwahrheit entsprechend berücksichtigt werden. Darum erachten wir eine Erhöhung der Betreuungstaxen für tiefere Stufen als gerechtfertigt.
3. Die Anzahl Bewohner mit tiefen Stufen ist höher als solche mit einem hohen Pflegebedarf. Durch die Mehreinnahmen in den tieferen Stufen können die Mindereinnahmen der hohen Stufen ausgeglichen werden, die Kostenneutralität ist somit gewährleistet und Mehreinnahmen werden nicht generiert.

4. Mit einer einheitlichen Betreuungstaxe bleibt man innerhalb der kantonalen Höchstgrenze von 165 Franken bei den Ergänzungsleistungen.
5. Die Wohnformen Ergaten-Talbach, Betreutes Wohnen und Parksiedlung Talacker unterliegen damit einer einheitlichen Tarifgestaltung für stationäre Bewohner. Einzige Ausnahme sind die Bewohner der Parksiedlung Talacker bis zur Stufe 3, welche nicht als stationäre Bewohner gelten und ambulant bzw. separat pro Zeiteinheit abgerechnet werden.

Die Fraktion FDP ist einstimmig für die Vereinheitlichung der Betreuungstaxen für stationäre Wohnformen auf 35 Franken pro Tag und empfiehlt dem Gemeinderat, den Antrag anzunehmen.

Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Verschiedene Studien und Untersuchungen haben aufgezeigt, was intern schon lange offensichtlich war im AZP, dass insbesondere in den niedrigen RAI-Pflegestufen namhafte Betreuungsdienstleistungen erbracht werden, die bei Weitem nicht kostendeckend sind. Dies ist nicht nur ein Problem, das sich beim AZP zeigt, es betrifft die meisten Alterseinrichtungen. Als Konsequenz soll die Betreuungstaxe vereinheitlicht werden. Im Kanton Thurgau erfolgt in den Heimen die Umsetzung der einheitlichen Betreuungstaxe kontinuierlich. Die Vereinheitlichung hat das Ziel, die Kostenrealität abzubilden. Die Betreuungstaxe erfasst verschiedene Betreuungsleistungen, die nicht als Pflegeaufwand zulasten der Krankenkasse abgerechnet werden können. Dazu gehören u.a. Aktivierungsangebote, Ausflüge, Beratung und Gespräche für Bewohner und Angehörige, Botengänge und nicht zuletzt auch die Ausbildung von Lernenden. Aktuell betragen die Betreuungstaxen im Alterszentrum Park zwischen 22 Franken und 51 Franken und sind bei tieferen RAI-Pflegestufen in allen drei Wohnformen Ergaten-Talbach, Betreutes Wohnen und Parksiedlung nicht kostendeckend. Eine Tätigkeitsanalyse, die im Frühjahr 2016 im Bereich Ergaten-Talbach durchgeführt wurde, hat aufgezeigt, dass das Pflege- und Betreuungspersonal rund 10 Prozent seiner Arbeit für Leistungen erbringt, die nicht der Pflege oder Betreuung zuzuordnen sind. Für das Budget 2017 ist zur Deckung der effektiven Kosten im Bereich Betreuung eine einheitliche Taxe von 35 Franken pro Tag notwendig. Die Pensionspreise im Ergaten-Talbach und im Betreuten Wohnen liegen zwischen 98 Franken und 130 Franken pro Tag. Zusammen mit einer Betreuungstaxe von 35 Franken liegen die maximalen Preise somit noch im Bereich der Höchstgrenze für Ergänzungsleistungen. Die 35 Franken Betreuungstaxe bewirken bei den höheren Pflegestufen eine erhebliche Entlastung von 11 Franken bis 16 Franken pro Tag, bei den drei tiefsten Stufen, die rund 40 Prozent aller Bewohner ausmachen, muss mit Mehrkosten von 13 Franken pro Tag gerechnet werden, was gut 4'600 Franken pro Jahr ausmacht. Fürs Budget 2017 können im Ergaten-Talbach mit der neuen Taxe rund 100'000 Franken Mehreinnahmen generiert werden, was die korrekte Kostenabbildung ergibt. Im Betreuten Wohnen ist mit Mehreinnahmen von 32'000 Franken zu rechnen, in der Parksiedlung ist mit keinen Mehreinnahmen zu rechnen, da die Bewohner der Parksiedlung aufgrund ihrer Einstufung nicht als stationäre Bewohner gelten. Für das Budget 2017 ergibt sich bei der budgetierten Belegung mit der Taxerhöhung im Haus Ergaten-Talbach ein Ertragsüberschuss von rund 340'000 Franken. Bei den anderen beiden Wohnformen Betreutes Wohnen und Parksiedlung ist die Differenz bedeutungslos. Das Tageszentrum ist von dieser Botschaft nicht betroffen. Die Fraktion SVP/EDU wird dem Antrag gemäss lachsfarbenem Papier einstimmig zustimmen.

Gemeinderätin Barbara Dätwyler (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Der stationäre Aufenthalt im Pflegeheim ist für viele Menschen eine neue Herausforderung am Ende ihres Lebens. Sie sind abhängig in vielerlei Hinsicht und schätzen eine professionelle Pflege und Betreuung sehr. Die Kostenzunahme in diesem Bereich

ist von Jahr zu Jahr steigend, da auch Ansprüche mehr werden. Heute müssen in wenigen Stunden unter grossem Stress und Personalaufwand die Grundbedürfnisse der Bewohner befriedigt werden. Die restliche Tageszeit soll aktiv gestaltet werden, zum Beispiel mit Zeitung lesen, Einkäufe erledigen, zum Coiffeur begleiten und einen Spaziergang machen. Dies ist nur ein Teil der Aufgaben, die ein Pflegeheim zu leisten hat. Dabei sind Empathie, Fachwissen und Professionalität gefragt. Auch die Ausbildung von Lehrlingen, Beratung und Gespräche mit Angehörigen und die Führung des Personals kostet und ist erwünscht, sogar sehr. Dieses Gesamtpaket an Leistungen, welches unter die Betreuungstaxe fällt, soll nun auf allen Stufen der Pflegebedürftigkeit kostendeckend sein. Deshalb stimmen wir von der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO der Anpassung der Tarife zu.

Abstimmung

Der Antrag der GPK Gesellschaft und Gesundheit wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell (FDP): Wir sind somit am Schluss der heutigen Traktandenliste. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 16. November 2016 um 18 Uhr statt.

Ich danke Ihnen für die aktive Mitarbeit, die interessanten und engagierten Voten und für Ihre Geduld. Dem Stadtrat danke ich für die ausführlichen Stellungnahmen. Ich danke auch Beat Dürger und seinem Team für die Vorbereitung und die Unterstützung während der Sitzung und ein Dankeschön geht auch an die Stadtgärtnerei für den herbstlichen Blumenschmuck. Die Sitzung ist geschlossen.

- - -

Schluss der Sitzung: 21.20 Uhr

* * *